

Die Soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken

Marktwirtschaft gesellschaftlich
und kulturell einbetten

Wettbewerb ökologisch und
sozial ausrichten

Primat der Politik global stärken

Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Studie

„Ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft“

Herausgegeben vom Landeskirchenamt der
Evangelischen Kirche von Westfalen
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld

Produktion: Evangelischer Presseverband für Westfalen und Lippe e. V.
Cansteinstraße 1, 33647 Bielefeld
www.evangelisches-medienhaus-bielefeld.de

Das Materialheft kann auch auf der Internetseite www.ekvw.de, quicklink Nr. 251
heruntergeladen werden.

Die Soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken

Marktwirtschaft gesellschaftlich
und kulturell einbetten

Wettbewerb ökologisch und sozial ausrichten

Primat der Politik global stärken

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präses	5
Thesen	7
1. Globalisierung gestalten kann nur, wer klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen hat	11
1.1 Lebensdienliches Wirtschaften – Freiheit – Gerechtigkeit	11
1.2 Kirchliche Mitverantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben	12
1.3 Wirtschaftsethisches Profil: die Vermittlungsproblematik von Theologie, Ethik und Ökonomie	16
2. Ethische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft	18
2.1 Die Wirtschaftsphilosophie der Sozialen Marktwirtschaft: der Markt als Instrument	18
2.2 Neue ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung	20
3. Soziale Marktwirtschaft in der aktuellen Weltwirtschaftskrise	24
3.1 Die Finanzmarktkrise als Symptom	24
3.2 Ernüchterung und gesellschaftliche Wiedereinbettung der Wirtschaft	25
3.3 Ebenen des Gestaltungsbedarfs: nationale, europäische und globale Kontexte	26
4. Die Soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken: Marktwirtschaft gesellschaftlich und kulturell einbetten	30
4.1 „Nachhaltigkeit“ als notwendige Bedingung einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft	30
4.2 Von der Konjunktur- zur Strukturpolitik: Wirtschaftspolitik ökologisch, sozial und kulturell ausrichten	33
4.3 Sozialkultur, ordnungspolitische Verfahren und Mitverantwortung von Unternehmen	35
4.4 Übertragbarkeit der Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft	39
5. Möglichkeiten kirchlicher Mitgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft	44
5.1 Kirche als Wirtschaftssubjekt: Vermögensanlagen	45
5.2 Kirche als Wirtschaftssubjekt: Grenzen der unternehmerischen Diakonie	46
5.3 Den kirchlichen Impuls weiterdenken: ordnungspolitische Verfahren und wirtschaftspolitische Instrumente	48
Anhang: Der Entstehungsprozess der Studie	50

M MATERIAL ZUR STUDIE

www.ekvw.de, quicklink Nr. 252

M 1	Die Soziale Marktwirtschaft als wirtschafts- und sozialpolitischer Orientierungspunkt der deutschen Parteien	57
M 2	Bausteine für eine Soziale Marktwirtschaft im Kontext der Globalisierung	64
2.1	Ethik und Ordnungspolitik – Wirtschafts- und Sozialworte der Kirchen	64
2.2	Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft: eingebettete Marktwirtschaft	68
2.3	Dimensionen und Instrumente des Gender Mainstreaming	72
M 3	Möglichkeiten und Instrumente der wirtschaftspolitischen Umsetzung	80
3.1	Die nationale Ebene	80
3.1.1	Öffentliche Güter stärken – Privatisierung steuern	80
3.1.2	Erwerbsarbeit und Beschäftigungspolitik umfassend wahrnehmen	83
3.1.3	Die gesellschaftliche Spreizung des Wohlstandes sozial- und steuerpolitisch auffangen	88
3.2	Die internationale Ebene	93
3.2.1	„Global Europe“? Wettbewerb zielorientiert einsetzen	93
3.2.2	Freihandel und Economic Partnership Agreements (EPA)	98
3.2.3	Die soziale und ökologische Dimension verbinden	101
3.2.3.1	Klimagerechtigkeit	101
3.2.3.2	Instrumente der Energie- und Klimapolitik	103
3.2.4	Freihandel nachhaltig ausrichten	107
3.2.5	Finanzmärkte ordnungspolitisch einrahmen	112
3.2.5.1	Der US-amerikanische Hypothekenmarkt als Auslöser der Weltwirtschaftskrise	112
3.2.5.2	Geld- und finanzpolitische Instrumente	115
3.2.5.3	Steuroasen austrocknen – Fiskalische Handlungsspielräume zurückgewinnen – Steuermoral verändern	119
3.2.5.4	Freiheit, Globalisierung, Entsolidarisierung: Die Ethik in Unternehmen und die Rahmenordnung neu gestalten	122
M 4	Warum diese Studie? – Beschlusslagen	126
M 5	Literatur	128

VORWORT DES PRÄSES

„Globalisierung muss im Dienst der Menschen und im Einklang mit der Erde stehen.“ Das fordern die Kirchen des Südens seit der Begriff Globalisierung überhaupt existiert, seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts. Lange haben sie nur wenig Gehör gefunden. Erst die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Verbindung mit dem Klimawandel zu einem gesellschaftlichen Bewusstseinswandel geführt.

Es ist deutlich, *dass* umgesteuert werden muss. *Wie* eine gerechte und nachhaltige Entwicklung gestaltet werden kann, muss diskutiert werden:

Wie können national wie international Ordnungsrahmen geschaffen werden, die verhindern, dass die Ökonomie zum Selbstzweck wird? Wie kann angesichts der Klimakrise und der sich weltweit vertiefenden Gräben zwischen Armen und Reichen marktwirtschaftlicher Wettbewerb ökologisch und sozial ausgerichtet werden? Wie kann der Primat der Politik global so gestärkt werden, dass Steuerungsmechanismen tatsächlich greifen?

Das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft erlebt derzeit eine Renaissance. Es kann aber nicht ungebrochen weitergeführt werden, sondern seine ethischen Grundlagen müssen herausgestellt werden.

*„Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist,
der Erdkreis und die darauf wohnen.“
(Psalm 24,1)*

Diese biblische Zusage bindet den Menschen ein in eine Lebensgemeinschaft mit allen Geschöpfen und weist ihm die Verantwortung zu, der Welt mit Ehrfurcht zu begegnen, die Erde als bewohnbaren Lebensraum zu gestalten und zu bewahren (Genesis 2,15). Die biblischen Aussagen zur Gottebenbildlichkeit des Menschen (Genesis 1,26f) begründen die Würde des Menschen sowie seine Verantwortung gegenüber Gott und der dem Menschen anvertrauten Schöpfung. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung entspricht diesem Grundzug biblischer Theologie. Menschenwürde und Gemeinwohl, Nächstenliebe und Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität sind Eckpunkte christlicher Sozialethik für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Eine abstrakte Ökonomie, die allein an monetären Marktbeziehungen interessiert ist, wird aber weder der christlichen Sozialethik noch einer zukunftsfähigen Entwicklung gerecht. In einer „autistischen Gesellschaft“¹ sind neue Sozialformen und Verständigungswege zu entwickeln. Die Solidarität mit den Armen, Schwachen

und Benachteiligten vor Ort und weltweit ist dabei Verpflichtung. Wer hier den Arbeitsplatz verliert, wer auf öffentliche Unterstützungssysteme angewiesen ist, muss mit Förderung rechnen können; wer in Afrika oder in Südostasien bereits heute vom Klimawandel in seiner Existenz bedroht ist, muss Überlebensperspektiven haben.

Wenn die Soziale Marktwirtschaft im Kontext der Globalisierung ethisch weitergedacht wird, kann und muss Marktwirtschaft gesellschaftlich, global, ökologisch, sozial und kulturell eingebettet werden.

„Eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch weit anspruchsvoller, als im Allgemeinen bewusst ist. Der individuelle Eigennutz, der ein tragendes Strukturelement der Marktwirtschaft ist, kann isoliert zum zerstörerischen Egoismus verkommen. Über die politische und wirtschaftliche Rahmensetzung hinaus ist es eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt zu geben. Die Balance zwischen persönlichem Wohlergehen und sozialer und ökologischer Verantwortung geht jeden an. Sie ist nicht zuletzt eine Frage des Lebensstils.“²

Mit dieser Studie setzt die Evangelische Kirche von Westfalen einen Impuls für die gesellschaftliche Debatte in unserem Land wie auch für die weltweite ökumenische Diskussion.



1 Helmut Simon, ehemaliger Bundesverfassungsrichter und Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

2 *Wie ein Riss in einer hohen Mauer. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise* (EKD, Riss), Juni 2009, S. 8.

Thesen

1. *Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsmodell.* Eine zeitgemäße Ethik der Sozialen Marktwirtschaft erhebt den Anspruch, den Primat der Politik wiederherzustellen und das Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft neu zu gestalten. Wirtschaft muss in ihren gesellschaftlichen, politischen und – international betrachtet – kulturellen Zusammenhängen wahrgenommen werden.
2. *Eine Gesellschaft lebt nicht von Wettbewerb, Leistung und Gewinnstreben allein.* Als Kirche fragen wir nach den Grundwerten des menschlichen Zusammenlebens. Diese Studie zur Sozialen Marktwirtschaft will zum Verständnis der ethischen Grundlagen und zu einer Vermittlung des gespannten Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Die Gestaltung dieses Verhältnisses braucht neue Impulse.
3. *Gute Ordnungspolitik ist die beste Sozialpolitik.* Die Liberalisierung und Deregulierung der internationalen Finanzmärkte waren zentrale ökonomische Auslöser der gegenwärtigen Globalisierungswelle. Heute zeigt sich in der Weltwirtschaftskrise ein ungeahntes Ausmaß der Folgen dieser Deregulierung. Neue, finanziell gigantische und durch die Allgemeinheit steuerfinanzierte Versuche zur Rettung angeschlagener Banken und zur wirtschaftlichen Stabilisierung („Rettungsschirme“) werden unternommen. Notwendig ist darüber hinaus, die Rahmenordnung der Finanz- und Gütermärkte international abgestimmt neu zu gestalten.
4. *Es wächst ein neues Bewusstsein:* Eine wirtschaftliche Heilslehre und Geisteshaltung, die alleiniges Vertrauen auf Marktkräfte und den eigenen Vorteil setzt, muss überwunden werden. „Wo bleibt die fundierte Kritik an der Wissenschaft der politischen Ökonomie, deren Lehrbücher doch die Drehbücher der gegenwärtigen Krise sind? Tatsächlich ist es das naturgesetzliche Gebaren dieser Wissenschaft, das es nachhaltig zu erschüttern gilt.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. April 2009).
5. *Dem gegenwärtigen historischen Einschnitt ist ordnungspolitisch zu begegnen:* Nach der Akzeptanzkrise des Wirtschaftsliberalismus erfahren wir nun in weltweitem Maßstab seine reale Funktionskrise. Um ein lebensdienliches Wirtschaften zu ermöglichen, kommt es darauf an, auf den unterschiedlichen Handlungsebenen (von der individuellen Verantwortung ausgehend bis hin zur Schaffung neuer transnationaler Ordnungsstrukturen) *ethische Maßstäbe in die ökonomische Logik zu integrieren.* Die entscheidende Basis hierfür ist eine ethisch und ökonomisch begründete Gestaltung der Ebene der Ordnungspolitik (Rahmenordnung).

6. *Die Soziale Marktwirtschaft hat durch den programmatischen Ausgleich von „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ wesentlich zur Lösung der sozialen Fragen beigetragen.* Das 20. Jahrhundert, speziell das letzte Drittel dieses Zeitraums, ist von den ökologischen Fragen, den Grenzen des Wachstums, bestimmt gewesen. Nur eine Wirtschaftsform, die auf diese Herausforderung angemessen reagieren kann, ist zukunftsfähig. Dementsprechend ist die *Integration der Nachhaltigkeit in das System der Marktwirtschaft die entscheidende Bedingung einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.*
7. *„Privat vor Staat“ oder „Staat vor Privat“ sind falsche gesellschaftliche Alternativen. Beide Strategien sind Instrumente, um übergeordnete gesellschaftliche Ziele zu erreichen.* Entscheidungen für die eine oder andere Variante hängen ab von den sozialen, ökologischen oder kulturellen Dimensionen, denen sie verpflichtet sind. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Gemeinwohl stehen in einem direkten Zusammenhang. Dieser Zusammenhang kann nur dann neu gestaltet werden, wenn die sozialen und die ökologischen Komponenten wirtschaftsethisch *als Wertedimensionen* integriert sind.
8. *Für die Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft sind heute neue Voraussetzungen zu berücksichtigen:* Die Wirtschaft internationalisiert sich; der Graben zwischen Arm und Reich, weltweit und innerhalb der Gesellschaften, wird tiefer; der Klimawandel ist eine globale Bedrohung. Um diese Herausforderungen ordnungspolitisch zu bewältigen, müssen staatliches Handeln, staatenübergreifende Regelungssysteme und supranationale Governance-Strukturen aufeinander abgestimmt werden. Dabei sind eine starke, häufig international vernetzte Zivilgesellschaft und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) einzu beziehen. Ordnungspolitische Mitverantwortung wahrzunehmen, bedeutet, dass auch Unternehmen *politisch* zu denken lernen.
9. *Soziale Marktwirtschaft ist ordnungspolitische Gestaltung,* nicht nur sozialstaatliche „Reparatur“. Die Soziale Marktwirtschaft dient als politisches Instrument neben wirtschaftlichen gerade auch sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen. Die Soziale Marktwirtschaft ist gestaltungsoffen und kontextsensibel. Darin kann sie – über Deutschland und andere europäische Staaten hinaus – ein Gegenmodell zur selbststeuernden Marktökonomie darstellen. Soziale Marktwirtschaft hält programmatische Interventionen bereit, die auf eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Instrumente setzen. *Die zentrale Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung besteht darin, ob sie einen relevanten Beitrag für eine auch die Entwicklungsländer einbeziehende globale Strukturpolitik leisten kann.*
10. *Kirche selber ist Wirtschaftssubjekt. Sie hat ihrer Botschaft mit ihrer Ordnung und Praxis zu entsprechen.* Sie muss durch ihr Anlage- und Einkaufsverhalten

ten ethische Kriterien umsetzen, z.B. durch ethische Vermögensanlage oder kirchliche Klimaschutzkonzepte. Ein anspruchsvolles ordnungspolitisches Spannungsfeld liegt im Bereich diakonischer Unternehmenspolitik, in dem Kirche und ihre Diakonie ihrem Auftrag entsprechen und sich zugleich als betriebswirtschaftliche Akteure im Wettbewerb behaupten müssen.

Wir benennen ordnungspolitische Verfahren und wirtschaftspolitische Instrumente, welche die Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft weiterführen, in den Materialien zur Studie.

1 Globalisierung gestalten kann nur, wer klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen hat

1.1 Lebensdienliches Wirtschaften – Freiheit – Gerechtigkeit

Ökonomische Entwicklungen haben unter den Bedingungen der Globalisierung einen immer größeren Einfluss auf das alltägliche Leben. In der gegenwärtigen Situation einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise wird wieder neu nach den Grundlagen wirtschaftlichen Handelns gefragt. Das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft erlebt eine Renaissance. Über die kurzfristigen Mechanismen zur Bewältigung der Krise hinaus ist eine gesellschaftliche Debatte über die Ziele und Gestaltungsmöglichkeiten wirtschaftlichen Handelns notwendig, und zwar im weltweiten Rahmen.

Die im Herbst 2008 offenkundig gewordene tiefgreifende globale Finanz- und Wirtschaftskrise belegt eindrücklich, dass die Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr durch das Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft gelöst werden können. Zu den drängendsten Herausforderungen gehören der Klimaschutz, der für immer mehr Menschen gefährdete Zugang zu natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, die wachsende Spaltung der Weltgesellschaft in Arm und Reich, der zunehmende Druck von Finanzmärkten auf die Realwirtschaft sowie die immer größeren Risiken bei der Grundversorgung mit Nahrung, Wasser, Energie und anderen lebenswichtigen Ressourcen.

Häufig wird mit Sachzwängen der Globalisierung argumentiert. Doch Marktmechanismen sind kein Naturgesetz. Märkte sind soziale Phänomene, die gestaltet werden können. Märkte sind Instrumente, um überwirtschaftliche Ziele zu erreichen. Sie sind nicht per se gut, sie sind nicht per se schlecht. Dabei gilt unverändert, was Johannes Rau bereits Mitte der 90er Jahre formulierte:

„Die Globalisierung gestalten kann nur, wer klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen hat. Wirtschaftliche Freiheit baut wie alle Freiheit auf Voraussetzungen auf und lebt von Bindungen. Sie ist schnell am Ende, wo keine Ordnung besteht und wo diese Ordnung nicht durchgesetzt werden kann. Dem Markt einen Rahmen zu geben und den Wettbewerb fair zu organisieren, das zählt zu den großen Kulturleistungen der Menschheit. Auch der Markt lebt von Voraussetzungen, die er nicht selber schaffen kann. Dann muss die Politik dafür sorgen, dass die Freiheit des globalen Marktes die Freiheit der Menschen nicht beschädigen kann.“

(Johannes Rau)

In dieser Situation betrachten wir es als eine wesentliche Aufgabe der Kirchen, die ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft herauszustellen und die neuen Herausforderungen im Licht des biblischen Welt- und Menschenbildes wahrzunehmen.

1.2 Kirchliche Mitverantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben

Mit ihren Stellungnahmen zu den gesellschaftlichen Aufgaben nimmt die Kirche an den allgemeinen Diskursen teil und bringt dabei ihre besonderen Voraussetzungen ein. Dies geschieht hauptsächlich dadurch, dass sie auf biblische Menschenbilder und die entsprechenden Deutungen der Wirklichkeit verweist. Aus kirchlicher Sicht gehört es dazu, bestimmte Kriterien des Menschengerechten als Grundlage der Suche nach gerechteren Gestaltungsformen der Gesellschaft aufzuzeigen. Diese Kriterien müssen sich durch ihren „spezifisch christlichen Charakter“ auszeichnen. Soweit aber „christliche Existenz nichts anderes als wahrhaft menschliche Existenz sein will, haben sie sich als humane Kriterien schlechthin zu legitimieren, als Kriterien für echte Humanität überhaupt.“ (Arthur Rich).

In biblischer Perspektive steht der Mensch in einer Spannung: Einerseits ist er Ebenbild Gottes, und dies bestimmt seine Gemeinschaft mit Gott und seinem Nächsten. Andererseits verfehlt er diese Bestimmung, weil er als Sünder um sich selbst und die eigenen Interessen kreist. Er ist Gottes Ebenbild: Das begründet die Würde des Menschen und seine Freiheitsrechte. Er ist Sünder: Das erfordert gesellschaftliche Ordnungsstrukturen, die das Recht des Stärkeren nach Möglichkeit verhindern. Die Sicherung der Freiheit und die Suche nach immer gerechteren Ordnungsstrukturen sind somit Grundlagen kirchlicher Stellungnahmen zu Fragen des öffentlichen Lebens.

Die Kirche kann auf diese Weise einen Beitrag zu ihrem Verkündigungsdienst leisten. Dabei achtet sie die Freiheit der Gewissen anderer und nimmt ihre Mitverantwortung für die Entwicklung der politischen Ordnung wahr, indem sie „an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten“ (These V der Barmer Theologischen Erklärung (BTE)) erinnert. Indem die Kirche auf das unverfügbare Wirken Gottes verweist, trägt sie auf spezifische Weise zur Wertedebatte in der Gesellschaft bei. Die Kirche ist dazu beauftragt, die „Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“ (Barmen VI) Sie hat ihre Botschaft so in der Öffentlichkeit zu Gehör zu bringen, dass deren Bedeutung für alle Menschen und für alle Bereiche des Lebens (vgl. Barmen II) erkennbar wird. Dazu gehört wesentlich, sich an den Debatten über die Ziele, Aufgaben und Krisen der Gesellschaft zu beteiligen. Dieses „öffentliche Christentum“ ist eine grundlegende Ausprägung des christlichen Glaubens. Solcher

Dienst an der Welt mit ihren Herausforderungen und Aufgaben steht in untrennbarem Zusammenhang mit der individuellen Frömmigkeit der einzelnen Christen und dem kirchlichen Leben in den Gemeinden und Werken.

Die in der biblischen Tradition begründete öffentliche Verantwortung des christlichen Glaubens korrespondiert mit den Einschätzungen und den Erwartungen von Kirchenmitgliedern und der breiteren Öffentlichkeit. Soziales und diakonisches Handeln findet eine sehr hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Die Betreuung von Alten, Kranken und Behinderten sowie das Eintreten für Menschen in sozialen Notlagen sind die Erwartungshaltungen mit den höchsten Werten der Zustimmung, gleichauf mit der Orientierung an den Amtshandlungen wie Taufe, Trauung, Beerdigung und deren seelsorglicher Begleitung. Gleichzeitig erwarten und erhoffen gesellschaftliche Gruppen – Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände – und viele Einzelne nicht selten eine kirchliche Orientierung angesichts gesellschaftspolitischer Grundfragen.

Der christliche Glaube verpflichtet Christinnen und Christen sowie die Kirchen in besonderer Weise zu sozialer Verantwortung. Es spannt sich in der Bibel ein Bogen von der ausdrücklichen Forderung nach Rechten sozialer Sicherung für Schwache und Benachteiligte im Alten Testament bis hin zu Christus, der sich mit den Ärmsten und Schwächsten gleichsetzt (Gleichnis vom großen Weltgericht, Matthäus 25,30ff). Die biblische Botschaft betont die Ausrichtung des gemeinsamen Lebens an den Maßstäben der Solidarität und der Gerechtigkeit. Frömmigkeit und soziales Handeln sind somit untrennbar verknüpft, Spiritualität und Engagement sind die zwei Seiten der einen Medaille des christlichen Glaubens. Wer sich nicht mit den Lebensbedingungen der Armen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft sowie weltweit befassen und diese verbessern möchte, wer nicht nach einer gerechten Gestaltung der Arbeitswelt, der Wirtschaft und der Gesellschaft fragt, der sollte in Anlehnung an die Botschaft des Propheten Amos auch keine Gottesdienste feiern. Zumindest wären dies Feiern, die der Gott Israels, der Vater Jesu Christi, als unerträgliches „Geplärr“ (Amos 5,23) abweist. Aus diesem Grund sind wirtschaftsethische Fragestellungen eine zentrale Herausforderung der Kirchen, da die Gestaltung der Wirtschaft in hohem Maße die allgemeinen Lebensbedingungen der meisten Menschen bestimmt. Hier ist in der Gegenwart der Bereich, der die Bedingungen des menschlichen Lebens, das „Vorletzte“, grundlegend prägt. Denn der Dienst an der Welt, die Orientierung im „Vorletzten“, gehört ebenso wie die Botschaft der Rechtfertigung des Sünders zum umfassenden Verkündigungsauftrag der Kirche.

„Das Vorletzte muss um des Letzten willen gewahrt bleiben. Eine willkürliche Zerstörung des Vorletzten tut dem Letzten ernstlich Eintrag. Wo also zum Beispiel ein menschliches Leben der Bedingungen, die zum Menschsein gehören, beraubt wird, dort wird die Rechtfertigung eines solchen Lebens durch Gnade und Glauben wenn auch nicht unmöglich gemacht, so doch ernstlich gehindert.“

(Dietrich Bonhoeffer)

Bereits die Bekennende Kirche (BK) hat in Aufnahme und Fortführung der 2. und der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung 1937 bei einer Konferenz in Dahlem zum Thema „Kirche und Wirtschaftsordnung“ herausgestellt, dass der „Anspruch des Herrn sich nicht nur an den einzelnen Menschen richte, sondern auch für den Inhalt der Wirtschaftsordnung gelte.“ Auch wirtschaftliches Handeln muss sich an den Geboten Gottes orientieren und so in eine gesellschaftliche Ordnung eingebunden sein, dass die Würde der menschlichen Person geschützt und die „Bekämpfung der Macht der Sünde“ möglich ist. Der „Freiburger Kreis“ – Mitglieder der BK aus dem Umfeld der Freiburger Christuskirchengemeinde und der Universität – hat in enger Verbindung mit Carl Friedrich Goerdeler und anderen Vertretern des bürgerlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus diese Perspektive vertieft und eine Neuorientierung der Wirtschaft nach dem Krieg gefordert: Sie sollte einerseits die Würde und Freiheit der Person respektieren und andererseits den Anliegen der Arbeiterschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen.

In diesem Sinn haben die Begründer der Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft, neben den Mitgliedern des „Freiburger Kreises“ eine Vielzahl weiterer überzeugter Protestanten,

eine Wirtschaftsordnung entwickelt, die nicht „in sich christlich ist“, was keine Gesellschafts- oder Wirtschaftsordnung sein kann, aber mit „christlichem Geist erfüllt“ und von Christen als Ort ihrer Verantwortung interpretiert werden kann.

(Alfred Müller-Armack)

Auch wenn die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in allen Punkten dem Leitbild ihrer theoretischen Begründer entspricht, hat sich diese Wirtschaftsordnung nach dem Urteil der EKD-Wirtschaftsdenkschrift von 1991 „Gemeinwohl und Eigennutz“ bewährt: Sie ermöglicht ein erfolgreiches und effizientes Wirtschaften, sie stabilisiert gleichzeitig die grundlegenden sozialen Sicherungssysteme und baut sie aus. Damit hat sie wesentlich zum gesellschaftlichen Frieden beigetragen. Das Kriterium der Mitweltgerechtigkeit, von Müller-Armack bereits 1960 mit Nachdruck gefordert, ist demgegenüber nur unzureichend

realisiert worden und muss – so die weitere Argumentation von „Gemeinwohl und Eigennutz“ – bei der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer Öko-Sozialen Marktwirtschaft integrativer Bestandteil der Wirtschaftsordnung werden. Der Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft wird heute allerdings sehr unterschiedlich wahrgenommen und interpretiert. Für viele kann das Soziale erst berücksichtigt werden, wenn das Wirtschaftliche gut funktioniert, für andere ist es genau umgekehrt.

Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung, unter dem Eindruck der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise und der noch tiefer greifenden Krise des Klimawandels steht die Soziale Marktwirtschaft erneut vor einer großen Bewährungsprobe.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein ethisch und ökonomisch verantwortetes Gesellschaftsmodell, das ökonomische Effizienz, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit integriert. Deshalb kommt es gegenwärtig darauf an, die spezifisch deutschen Erfahrungen auf ihre Stärken und Schwächen hin zu befragen. Dabei geht es um die Frage: Kann die Soziale Marktwirtschaft zu einem globalen Ordnungsmodell weiterentwickelt werden? Denn sie ist erst dann ein „Erfolgsmodell“, wenn sie sich nunmehr global und regional vor unterschiedlichen Hintergründen bewährt – sozialetisch, ökologisch und ökonomisch. Diese Bewährungsprobe bezeichnet die gegenwärtige Herausforderung, zumal in der Ökumene die Globalisierbarkeit dieses Modells verschiedentlich angezweifelt worden ist, da es das Modell eines „Exportweltmeisters“ sein könnte, der die sozialen und ökologischen Kosten lediglich nach außen abwälzt.

Durch diese Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche hat das gute Leben „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (W. Röpke) Schaden genommen. Es kommt gegenwärtig darauf an, die entfesselte Ökonomie zu bändigen und sie wieder in die Lebenswelt der Menschen einzubetten. Dies muss nicht zuletzt deshalb geschehen, um so erschütternde Instabilitäten des Kapitalismus, wie wir sie gegenwärtig erleben und wie sie in vielen Teilen der Welt weitaus dramatischere Wirkungen zeigen, zu vermeiden.

Es ist eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, dass die marktwirtschaftliche Ordnung nur innerhalb eines abgegrenzten Bereichs und unter klaren ordnungspolitischen Voraussetzungen so funktioniert, dass die Freiheit aller wirtschaftlichen Akteure gewahrt, erfolgreiches Wirtschaften ermöglicht und ein sozialer Ausgleich geschaffen wird. Diese Voraussetzungen basieren auf staatlichem Handeln, das den Rahmen für die marktwirtschaftliche Ordnung zu schaffen und zu garantieren hat. In diesem Sinn ist ein „starker und neutraler Staat“ (A. Rüstow) eine notwendige Bedingung der Sozialen Marktwirtschaft. Die Attribute „stark“ und

„neutral“ bezeichnen die Anforderungen an staatliches Handeln, souverän und ohne Parteinahme für bestimmte Partikularinteressen die Rahmenordnung für wirtschaftliches Handeln zu setzen und unter bestimmten Bedingungen in das wirtschaftliche Geschehen einzugreifen. Dieses Staatsverständnis ist unverkennbar von der gerade auch in protestantischen Traditionen verankerten Überzeugung getragen, dass der Staat das Gemeinwohl verkörpert und damit über den einzelnen Interessengruppen steht. So kann er eine Ordnung zum Vorteil aller durchsetzen. Gleichzeitig gilt aber auch: Institutionelle Rahmenseetzungen existieren nicht einfach oder setzen per se das Gemeinwohl durch, sondern bilden sich in der Regel als Kompromiss in Auseinandersetzungen von Einzelinteressen. Die Vorstellung, dass ein Primat der Politik stets eine Rahmenordnung zum Vorteil aller hervorbringt, ist eine idealistische Vereinfachung, die dem politischen Handeln einen Vertrauensvorschuss entgegenbringt. Politisches Handeln muss aber stets begründungspflichtig und hinterfragbar bleiben. Insofern ist das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft auf eine tragfähige Gestaltungsfähigkeit des Politischen angewiesen, die ihrerseits durch demokratische Prozesse legitimiert und in den Diskursen der Zivilgesellschaft rechenschaftspflichtig ist. Zugleich ist vor diesem Hintergrund die ethische Verantwortung von politischen Institutionen zu thematisieren.

1.3 Wirtschaftsethisches Profil: die Vermittlungsproblematik von Theologie, Ethik und Ökonomie

Immer noch und immer wieder stehen sich in der Begegnung Theologie und Ökonomie, Kirche und Wirtschaft zwei unterschiedliche und häufig genug gegensätzliche Erfahrungswelten und Denkformen gegenüber. Das gilt für den wissenschaftlichen Austausch ebenso wie für die Begegnung der entsprechenden Berufs- und Erfahrungswelten.

Es war jedoch nicht immer so, und es muss auch nicht so sein. In der Sozialen Marktwirtschaft war es anders angelegt. Zweifellos sind heute viele gemeinsame Erfahrungen, Wurzeln oder Ausgangspunkte verloren gegangen. Manchmal ist es schon allein die Sprache, die Zugänge zueinander erschwert. Sprechen wir über die Volatilität von Finanzmärkten, Vorgaben des ROI (return-on-investment) oder Grenzsteuersätze, Zwei Reiche-Lehre, Eschatologie oder Theodizee? Zuweilen sind es auch die moralischen Ansprüche, die vermeintlich eindeutig und apodiktisch gestellt oder verteidigt und empört in Stellung gebracht werden. Der klassische theologische Vorgang ist dann der, ethische Kriterien zu entwickeln und diese „vorzuhalten“. Das trifft nicht immer auf Gegenliebe oder wird als sozialromantisch und außerhalb der ökonomischen Sache liegend wahrgenommen. Ethik müsse auch ökonomisch sinnvoll sein und nützen, ist gelegentlich die Gegenmeinung.

Jede ökonomische Logik hat in sich schon eine normative Dimension. Wirtschaftliches Handeln ist nicht wertfrei. Um diese normativen Grundlagen muss öffentlich gestritten werden. In die öffentlichen Debatte bringt die Kirche ihre besondere Perspektive ein. Die Soziale Marktwirtschaft ist das idealtypische Vorbild dafür, diesen Zusammenhang zu belegen. Erst auf Basis der kritischen Rekonstruktion kann eine Weiterentwicklung erfolgen, die den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ unter ethischen Gesichtspunkten verdient.

Wieder verbinden, was zusammengehört – dazu will diese Studie beitragen: Wirtschaft als Teil der Gesellschaft und Alltagskultur, lebensdienliches Wirtschaften, eingebettet in ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen des menschlichen Zusammenlebens. Als Kirchen betonen wir die dienende Funktion des Wirtschaftens.

2 Ethische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

2.1 Die Wirtschaftsphilosophie der Sozialen Marktwirtschaft: der Markt als Instrument

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsmodell. Eine zeitgemäße Ethik der Sozialen Marktwirtschaft erhebt den Anspruch, den Primat der Politik wiederherzustellen und das Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft neu zu gestalten. Wirtschaft muss in ihren gesellschaftlichen, politischen und – international betrachtet – kulturellen Kontexten wahrgenommen werden. (These 1)

Das ursprünglich in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts in der Bundesrepublik entwickelte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist ein Modell für die Gestaltung des Verhältnisses von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Ähnlich wie andere europäische Wirtschaftsmodelle zeichnet es sich dadurch aus, dass das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft, Markt und Staat *strukturell* geordnet ist. Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört eine ausgewogene Balance zwischen Lebens-, Sozial- und Wirtschaftsordnung.

Dieses Ordnungsmodell verstand sich in historischer Perspektive als ein Vermittlungsversuch von liberalen Wirtschaftsansätzen mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der christlichen Kirchen und der Arbeiterbewegung. Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Ausgleich gelten als gleichrangige Ziele, die sich gegenseitig bedingen.³ Die negativen Folgen bzw. die sozialen Fragen, die durch die Marktwirtschaft selbst nicht gelöst werden konnten, sollten durch die Einführung der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung aufgefangen werden. Dazu zählte ein Katalog sozial- und verteilungspolitischer Instrumente wie die Förderung von Chancengleichheit in der Bildung, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand oder die Förderung kinderreicher Familien.

Wichtig ist heute eine Auseinandersetzung mit den neuen ethischen Rahmenbedingungen. Ansatzpunkt ist das Wissen darum, dass die Väter der Sozialen Marktwirtschaft ausdrücklich ethische Normen als Grundlage ihres Denkens und wirtschaftspolitischen Handelns formuliert haben. Die Aussage des ehemaligen Bundesverfassungsrichters (1983–1996) Wolfgang Böckenförde, „*Der freiheitliche,*

³ Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW): *Globalisierung – Wirtschaft im Dienst des Lebens. Stellungnahme der EKvW zum Soesterberg-Brief. Materialien für den kirchlichen Dienst 1/2005 (EKvW, Globalisierung)*. Bielefeld 2005, S. 20. www.ekvw.de, quicklink Nr. 249.

säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, lässt sich auch auf die Marktwirtschaft übertragen. Für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft war dies selbstverständlich:

„Der Markt setzt zwar Solidarität voraus, schafft sie aber nicht.“

(Wilhelm Röpke, 1899-1966, Wirtschaftswissenschaftler, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft)

Für den Wirtschaftswissenschaftler Alexander Rüstow (1885-1963, in den 50er und 60er Jahren Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft) gehörten zu den ethischen Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft „eine Menge Dinge, die menschliche Eigenwerte sind“: Kultur, Erziehung, Bildung, moralische und soziale Leitbilder, die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, ein christliches Menschenbild schlechthin, Familie, Gemeinde, Staat, das Religiöse, Ethische, Ästhetische, das Menschliche, das Kulturelle überhaupt. Bei einigen Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft lassen sich ausdrücklich christliche Begründungen für die Rolle der Wirtschaft finden:

Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch.

Das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott.

(Wilhelm Röpke)

Auf den ethischen Grundlagen wurden ordnungs- und wirtschaftspolitische Instrumente dafür entwickelt, die Wirtschaft so zu lenken, dass sie diesen überwirtschaftlichen Zielen dienen kann. Einerseits wurde auf die Produktivität und Effizienz einer marktwirtschaftlichen Ordnung vertraut, andererseits diese aber an der „*Vitalpolitik*“ (Alexander Rüstow, in heutiger Sprache: Lebensdienlichkeit) ausgerichtet. Im Geiste vieler heutiger kirchlicher Stellungnahmen, welche die Lebensdienlichkeit des Wirtschaftens betonen, so auch in der westfälischen (Landessynode der EKvW 2004 „Wirtschaft im Dienst des Lebens“), besteht eine wegweisende Parallele.

Der Volkswirt Walter Eucken (1891-1950) gilt als Hauptvertreter der „Freiburger Schule“ des Ordoliberalismus. Nach diesem marktwirtschaftlichen Konzept setzt ein starker Staat einen Ordnungsrahmen, der ökonomischen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger gewährleisten soll. Eucken zufolge gibt es nicht nur ökonomische Wechselbeziehungen (Interdependenzen), sondern auch eine „Interdependenz der Ordnungen“, nämlich der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensord-

nungen, also mit der Staatsordnung, Rechtsordnung, der sozialen Ordnung und der gesellschaftlichen Ordnung insgesamt. Ebenso verstand Alfred Müller-Armack⁴ den Entwurf der Sozialen Marktwirtschaft als ein Konzept der Verbindung von Wirtschaftsordnung und Lebensordnung:

Es liegt mir daran zu zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft von Anfang an nicht nur ein erfolgreiches Schlagwort war, sondern dass sie eine ausgearbeitete und durchdachte Theorie der gesellschaftlichen Gesamtordnung ist. Ich hätte mir gewünscht, dass die geistige Durcharbeitung dieses Gedankens auch in einem weiteren Kreise gründlicher erfolgt wäre. Nur allzu häufig begnügte man sich mit dem Hinweis auf das politische Gewicht dieser Konzeption, ohne bereit zu sein, an ihrer gedanklichen Fassung weiterzuarbeiten. (...) Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Stilform des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens.

(Alfred Müller-Armack)

In einem solchen, heute wieder aktuellen Verständnis ist die Marktwirtschaft nicht ökonomischen Gesetzen überlassen und durch eine einmalige ordnungspolitische Grundentscheidung für die Marktwirtschaft bestimmt. Das Verhältnis von Wirtschaftsordnung und Lebensordnung ist nie statisch, es muss immer wieder neu austariert werden. Das bringt auch Ludwig Erhard zum Ausdruck:

Es gibt tausend Instrumente der Handels-, Zoll-, Steuer- oder Finanzpolitik, die die Wirtschaft dahin zu lenken, dass sie ihre dienende Funktion erfüllen kann.

(Ludwig Erhard, 1957)

Im Sinne von Ludwig Erhard handelt es sich in der Wirtschaft nicht um „ewige Gesetze“. „In fernerer Tagen“ müsse man zu einer Modernisierung und Neugestaltung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft gelangen.

2.2 Neue ethische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung

Eine Gesellschaft lebt nicht von Wettbewerb, Leistung und Gewinnstreben allein. Als Kirche fragen wir nach den Grundwerten des menschlichen Zusammenlebens. Diese Studie zur Sozialen Marktwirtschaft will zum Verständnis der ethischen Grundlagen und zu einer Vermittlung des gespann-

⁴ Alfred Müller-Armack: 1901–1978, von 1958–1965 Staatssekretär von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, Hochschullehrer und Namensgeber des Modells.

ten Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Die Gestaltung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft braucht neue Impulse.
(These 2)

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft besitzt gegenwärtig als Leitbild innerhalb Deutschlands grundsätzlich uneingeschränkte Zustimmung, wird aber in Bezug auf die ethische Dimension und ordnungspolitische Weite häufig nur mit Blick auf die Ethik von Leistung und Wettbewerb wahrgenommen. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) – verankert beim Institut der Deutschen Wirtschaft und finanziert von Unternehmensstiftungen – setzt sich für eine Neue Soziale Marktwirtschaft ein, die auf die Leitideen „Eigeninitiative“, „Leistungsbereitschaft“ und „Unternehmergeist“ setzt. Damit unterstreicht die INSM die freiheitliche Komponente der Sozialen Marktwirtschaft. Sie stützt sich ebenfalls auf Ludwig Erhard bei der Kritik des „Ausuferns“ der sozialen Komponente: *„Ich bin erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich erschalle. Falls diese Sucht weiter um sich greift, schlittern wir in eine gesellschaftliche Ordnung, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat“* (Ludwig Erhard, 1958). Die Betonung der freiheitlichen Komponenten, die stärkerem staatlichem Einfluss mit Vorbehalten begegnen, ist weit verbreitet bei den großen Wirtschaftsverbänden, den Branchenvereinigungen und den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten in Deutschland. Diese Position bildet die Hauptströmung der gegenwärtig herrschenden öffentlichen Meinung. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ versucht, an das Positivbild der Sozialen Marktwirtschaft anzuschließen, und propagiert in einer aufwändigen Kommunikationsoffensive eine Deutung von Sozialer Marktwirtschaft im Sinne der liberalen Richtung. Dabei werden die ursprünglichen Aussagen und Positionen der Sozialen Marktwirtschaft geradezu ins Gegenteil umgedeutet.

Es besteht also ein Streit um die Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft. In die gesellschaftliche Debatte darüber, was heute Soziale Marktwirtschaft bedeuten muss, wollen wir uns als Evangelische Kirche von Westfalen einschalten.

Alle Parteien beziehen sich heute auf die Soziale Marktwirtschaft, allerdings werden dabei in vielen Fällen die ethischen Dimensionen ganz oder teilweise ausgeblendet.⁵ Die politischen Parteien nutzen die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage ihrer ordnungs- und wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Sie bestimmen allerdings nicht in systematischer und eindeutiger Weise, was die soziale Dimension für das staatliche Handeln bedeutet. Die ideelle Orientierung weist Parallelen zu kirchlichen Positionen auf. Wenn es um die wirtschaftspolitische Umsetzung

⁵ vgl. ausführlich Material M 1 Die Soziale Marktwirtschaft: wirtschafts- und sozialpolitischer Orientierungspunkt der deutschen Parteien. (www.ekvw.de, quicklink Nr. 252)

geht, bleiben die Positionen allerdings vage bzw. werden an anderer Stelle zugunsten von Wettbewerb und marktwirtschaftlichen Instrumenten ausgelegt. In den Grundsatzprogrammen der Parteien ist ein starker Bezug zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft erkennbar, jedoch kaum ein systematischer Bezug zu den ethischen Dimensionen. Das hier abgebildete ordnungspolitische Spektrum ist typisch für den Diskussionsstand auch über Deutschland hinaus.

Die Auseinandersetzung um die Soziale Marktwirtschaft berührt die ordnungspolitische Kernfrage, die auch Volkswirtschaften in ehemals planwirtschaftlich ausgerichteten Staaten sowie in Schwellen- und Entwicklungsländern betrifft. Es ist die Frage nach dem angemessenen Verhältnis von Staat und Markt, Politik und Wettbewerb, öffentlichen und privaten Aufgaben. Es ist die Frage nach den gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen und Folgen wirtschaftlichen Handelns im Kontext einer Marktwirtschaft. Für viele Volkswirtschaften gilt eine ähnliche Ausgangssituation in der Hinsicht, dass nach den Phasen der weltweiten Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft das Verhältnis von Staat und Markt neu auszurichten ist. Dazu sind klare ethische Orientierungen notwendig, über die ein gesellschaftlicher Konsens erzielt werden muss.

Was sind heute die ethischen Herausforderungen? Die Soziale Marktwirtschaft selbst verkörpert für viele einen hohen Wert und gilt als ethische Rechtfertigung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neu zu interpretieren sind die ethischen Referenzpunkte im engeren Sinne, d. h. die einzelnen ethischen Begriffe, auf denen die Soziale Marktwirtschaft aufbaut: Freiheit, Leistung, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität, Verantwortung, Gemeinwohl, Beteiligung. Diese Begriffe stellen zwar starke ethische Säulen dar, aber unklar ist, was ihnen im konkreten Fall Sinn und Qualität gibt.

- *In welchem Verhältnis stehen Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Gerechtigkeit, Freiheit und sozialer Friede?*
- *Ist Freiheit schon mit Eigentums- und Investitionsfreiheit ausreichend erfasst?*
- *Ist soziale Gerechtigkeit identisch mit Verteilungsgerechtigkeit?*
- *Was sind die Grenzen von Solidarität?*
- *Inwiefern stellen sich diese Grundwerte in der Süd-Nord-Perspektive oder der Geschlechterperspektive unterschiedlich dar?*

Die Diskussion um Spitzengehälter und Mindestlöhne in Deutschland, Frankreich oder der Schweiz kann als Symptom für die latente Frage interpretiert werden: Ist die Gerechtigkeit unter die Räder der Freiheit gekommen? Freiheit ist in biblischer Tradition gemeinschaftsbezogen. Selbstbestimmung und Verantwortung für das Gemeinwohl sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich.

Ethische Fragen zu stellen, bedeutet heute häufig, eine Suche nach dem richtigen Maß zu beginnen. Typisch für die ethische Ausgangslage ist, dass wir heute von einem Wertepluralismus ausgehen müssen. Grundwerte sind gleichrangige Konkrektionen der Gerechtigkeit, die unterschiedliche Dimensionen des Menschseins herausstellen. Freiheit und Gerechtigkeit können aber nicht als einzelne überbetont werden, sondern leben davon, dass sie aufeinander bezogen sind und voneinander abhängen. Zusammen bilden sie *Wertesysteme*. Immer wieder muss ein neues Gleichgewicht zwischen Werten gefunden werden. So ist die Erweiterung der Handelsfreiheit durch die Öffnung von Grenzen und Märkten nur lebensdienlich, wenn sie auch mit mehr Gerechtigkeit und dem gerechten Zugang zu Lebenschancen verbunden ist. In einer Diktatur ist die Freiheit einzufordern, in einer Laissez-faire- oder Wettbewerbsgesellschaft die soziale oder politische Gestaltung einer Rahmenordnung mit dem Ziel, die dienende Rolle der Marktwirtschaft (Wirtschaft im Dienst des Lebens) zu bestimmen.

3 Soziale Marktwirtschaft in der aktuellen Weltwirtschaftskrise

3.1 Die Finanzmarktkrise als Symptom

Gute Ordnungspolitik ist die beste Sozialpolitik. Die Liberalisierung und Deregulierung der internationalen Finanzmärkte waren ein zentraler ökonomischer Auslöser der gegenwärtigen Globalisierungswelle. Heute zeigt sich in der Weltwirtschaftskrise ein ungeahntes Ausmaß der Folgen dieser Deregulierung. Neue, finanziell gigantische und durch die Allgemeinheit steuerfinanzierte Versuche zur Rettung angeschlagener Banken und zur wirtschaftlichen Stabilisierung („Rettungsschirme“) werden unternommen. Notwendig ist darüber hinaus, die Rahmenordnung der Finanz- und Gütermärkte international abgestimmt neu zu gestalten. (These 3)

Zu den Ursachen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zählen die überzogene Renditeerwartung bei Finanzprodukten, die Orientierung am schnellen Geld, die Zurücknahme staatlicher Einflussnahme, die Erfindung riskanter Finanzprodukte, der verantwortungslose Umgang mit Risiken und die Anreizsysteme über Bonuszahlungen. Diese Faktoren benennt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seinem Wort zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise „*Wie ein Riss in einer hohen Mauer*“.⁶ In ethischer Betrachtung sind die Ebenen der Verantwortung besonders relevant.

Auf vier Ebenen breitete sich die Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Risiken aus:

- auf der politischen Ebene: staatliches Handeln zur Aufsicht über die Finanzmärkte, die Regulierung der Finanzprodukte, geringer Widerstand gegen die Reduzierung der staatlichen Einflussnahme,
- auf der Ebene der Finanzunternehmen: Banken, Versicherungen und verwandte Dienstleistungsunternehmen orientieren sich einseitig auf Kapitalinteressen und schnelle und hohe Gewinne; Führungskräfte halten die Risiken für berechenbar und profitieren von Anreizen für möglichst kurzfristige hohe Erträge,
- auf individuelle ethischer Ebene: Freiheit zur Verwirklichung der Einzelinteressen ohne Bindung an höhere Werte,
- eine Mentalität des schnellen Geldes, die auch die Verbraucher erreicht hatte: die Erwartung kurzfristig hoher Renditen ohne Risiko, Gier als Nährstoff eines Lasters, das nicht auf Manager beschränkt ist.

⁶ EKD, *Riss*, S.14.

Die Finanzmarktkrise hat eine ordnungspolitische Vorgeschichte. Die Wirtschaftspolitik der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte hat in besonders „reiner“ Form die Entwicklung der Finanzmärkte geprägt. Diese Prägung war sowohl quantitativ in Form des Entstehens ungeheurer neuer Marktvolumina als auch qualitativ in politisch-ethischer Hinsicht. Die Freiheit der Finanzmärkte wurde betont, gar die Finanzmärkte als die „fünfte Macht“⁷ bezeichnet. Die Loslösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft und damit einhergehend die Loslösung von der ethischen, sozialen, ökologischen und politischen Dimension des Wirtschaftens ist das ordnungspolitische Problem, das neu anzugehen ist.

Finanzmärkte und die Finanzmarktkrise stehen idealtypisch für das Wirtschaftsverständnis der „reinen“, an „Sachgesetzen“ ausgerichteten Marktwirtschaft. Finanzmärkte und die Finanzmarktkrise sind *Symptome* nur in zweiter Linie an die Oberfläche tretender *Ursachen* der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Deswegen muss das Verhältnis von Finanzkrise, Wirtschaftskrise und ethisch-politischen Normen des Wirtschaftens tiefgründiger bedacht und vermittelt werden.

3.2 Ernüchterung und gesellschaftliche Wiedereinbettung der Wirtschaft

Es wächst ein neues Bewusstsein: Eine wirtschaftliche Heilslehre und Geisteshaltung, die alleiniges Vertrauen auf Marktkräfte und den eigenen Vorteil setzt, muss überwunden werden. „Wo bleibt die fundierte Kritik an der Wissenschaft der politischen Ökonomie, deren Lehrbücher doch die Drehbücher der gegenwärtigen Krise sind? Tatsächlich ist es das naturgesetzliche Gebaren dieser Wissenschaft, das es nachhaltig zu erschüttern gilt.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. April 2009). (These 4)

Was tiefgründig aus seinen Fugen geraten ist, kann nicht oberflächlich behoben werden. Manche bisherigen Selbstverständlichkeiten des Wirtschaftslebens sind durch neue Krisenerfahrungen so stark erschüttert wie kaum je zuvor in der Nachkriegszeit. Wo stehen wir und wo wollen wir eigentlich hin? Zunächst ist nur offenkundig, dass einiges „außer Rand und Band“ (Peter Ulrich, Wirtschaftsethiker, Universität St. Gallen) geraten ist. Jetzt beklagen plötzlich fast alle die *Symptome* einer moralisch enthemmten Wirtschaftsdoktrin:

- die offenbar maßlos gewordene Gier von Investoren nach maximalem „return on equity“ (Eigenkapitalrendite), die fast wie eine „Sucht“, quasi als Denkwang, funktionierte und zum Treiber einer Unternehmens- und Wirtschaftspolitik des „Sachzwangs“, des „Wir-haben-keine Wahl“ wurde;

⁷ Rolf E. Breuer, Vorstandssprecher 1997–2002, Aufsichtsratsvorsitzender 2002–2006 der Deutschen Bank AG.

- die Shareholder-Value-Doktrin, auf deren Linie zweifelhafte Corporate Governance-Standards „guter“ Unternehmensführung etabliert wurden, die sich in der aktuellen Krise als wesentliche Ursache von schlechtem Geschäftsgebaren großer Aktiengesellschaften entpuppten;
- Geschäftsmodelle der Finanzwirtschaft, die man nur noch mit der „Greater Fool Theory“ des Marktes beschreiben kann: Risiken verschleiern, verbrieften und auslagern – wer kauft, ist selber Schuld;
- Wandel im Selbstverständnis von „Verantwortungsträgern“ der Wirtschaft, die zwar bei weitem nicht immer, aber eben doch immer öfter den Sinn für den Unterschied zwischen „anständig Geld verdienen“ und „Geld anständig verdienen“ verloren haben.

Wie ist es aber zu verstehen, dass das Geschäftsgebaren von so auffallend vielen Akteuren außer Rand und Band geriet? Es fehlt offenbar der „Rand“, also der Sinn für Grenzen eines eindimensional gewordenen Vorteils- und Gewinnstrebens. Und es fehlt das „Band“, also die Einbindung der ökonomischen „Sachlogik“ in zwischenmenschliche und gesellschaftliche Verbindlichkeiten.

Die klassische Wirtschaftswissenschaft muss ihren Horizont erweitern, um auch ethisch begründete Kriterien zur Gestaltung der Marktwirtschaft zu entwickeln. Es ginge nicht gegen die Marktwirtschaft und nicht *gegen* den Wettbewerb als solchen, sondern um deren gesellschaftliche Dienstleistung. Im Umweltbereich beispielsweise kann marktwirtschaftlicher Wettbewerb zur Ressourceneinsparung, zur Entwicklung neuer Technologien bei Antriebssystemen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

3.3 Ebenen des Gestaltungsbedarfs: nationale, europäische und globale Kontexte

Wir erleben einen historischen Einschnitt, dem ordnungspolitisch zu begegnen ist: Nach der Akzeptanzkrise des Wirtschaftsliberalismus erfahren wir nun in weltweitem Maßstab seine reale Funktionskrise. Um ein lebensdienliches Wirtschaften zu ermöglichen, kommt es darauf an, auf den unterschiedlichen Handlungsebenen (von der individuellen Verantwortung ausgehend bis hin zur Schaffung neuer transnationaler Ordnungsstrukturen) ethische Maßstäbe in die ökonomische Logik zu integrieren. Die entscheidende Basis hierfür ist eine ethisch und ökonomisch begründete Gestaltung der Ebene der Ordnungspolitik (Rahmenordnung). (These 5)

Die ökologischen Bedrohungen, die soziale Polarisierung, neu entstehende Risiken der Grundversorgung (Nahrung, Wasser, Energie), der Druck der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft und die ökonomischen Folgen von Marktversagen sind Ausdruck einer Funktionskrise, wenn man der Lösung dieser Problematik durch Marktmechanismen allein vertraut. Diese Krisenindikatoren der Marktwirtschaft, wesentlich verursacht durch die Ausbreitung ökonomischen, eigennutzbestimmten Denkens auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft, fordern zu einem entschlossenen, ethisch verantworteten Handeln heraus.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt eine bewusste Verantwortungsübernahme voraus, die auf der Ebene des persönlichen Ethos einsetzt. Dies gilt zum einen für das Handeln des einzelnen Menschen als Führungskraft, Mitarbeiter oder Konsument. Das gilt ebenso für die Funktionsfähigkeit der sozialen Strukturen, die Leistung, Wettbewerb und wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Dazu gehören gerade auch in protestantischer Sicht die Freude an Schaffenskraft und Leistung, die Freiheit und Kreativität in beruflicher Tätigkeit. Moralische Achtsamkeit, Sensibilität für zwischenmenschlichen Umgang oder die Förderung von Wertschätzung sind Eigenschaften, die nur Menschen als Personen wahrnehmen können. Die Orientierung auf ein christliches Menschenbild und Spiritualität sind Kraftquellen dafür, einen solchen Umgang zu fördern. Das kann sich auch darin zeigen, dass *mit* Menschen statt *über* Menschen gesprochen wird. Christlicher Glaube kann zur vertrauensvollen Kooperation befreien. Dialoge mit Anspruchsgruppen um ein Unternehmen herum, seien es Gewerkschaften, Umweltgruppen oder engagierte, kritische Bürger, erweisen sich häufig als fruchtbar, persönlich bereichernd und für Lösungen förderlich.⁸

Es geht in gleicher Weise um die an Menschenwürde und Gemeinwohl ausgerichtete Gestaltung der Ordnung und der Regeln des wirtschaftlichen Zusammenlebens, damit ethisches Verhalten und das Gemeinwohl gefördert und unfaires Handeln oder Missachtungen von Regeln sanktioniert werden.⁹ Dazu bedarf es, so die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, eines „starken“ und „neutralen“ Staates, der auch gegenüber mächtigen gesellschaftlichen Gruppen einen am Gemeinwohl orientierten Ordnungsrahmen setzen kann. Der Nationalstaat, bisheriger Garant dieser Konzeption, kann dies angesichts der Globalisierung nur noch bedingt leisten. Deshalb kommt es darauf an, auf der transnationalen Ebene neue politische Ordnungsmuster zu entwickeln. Insofern befindet sich die Soziale Marktwirtschaft heute in einer neuen Bewährungsprobe. Die Beispiele der Finanzmarkt- und auch der Umweltkrise zeigen besonders eindrücklich, dass der nationalstaatliche Rahmen nicht mehr ausreicht: Die

⁸ vgl. ausführlich Material M 2.2 Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. (www.ekvv.de, quicklink Nr. 252)

⁹ *Evangelische Kirche in Deutschland: Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift.* Gütersloh 2008 (EKD, *Unternehmerisches Handeln*), S. 32ff.

Grundideen und Impulse der Sozialen Marktwirtschaft müssen auf der internationalen Ebene umgesetzt werden. Ein wichtiges Bindeglied zwischen der nationalen und der internationalen Ebene sind die regionalen Wirtschaftsblöcke, speziell die EU. Deren Politik ist im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Bereits im Jahr 1989 hat der damalige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, die Zielsetzung formuliert, dass eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nur eine „Erneuerung in Richtung Europa“¹⁰ sein kann. Die Europäische Union weiß sich seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum 1. Januar 1958 demokratischen und sozialen Werten verpflichtet, so dass die EU

„als die erste Gestalt einer postnationalen Demokratie“ (Jürgen Habermas)

angesehen werden kann.

Allerdings: Der einheitliche europäische Binnenmarkt reproduziert vorrangig die Ungleichheit. Er hat sogar zu einer zunehmenden sozialen Spreizung in Europa geführt. Deshalb liegt die entscheidende Herausforderung in der Frage, ob die EU im Rahmen einer Sozialpolitik marktkorrigierende Entscheidungen treffen und durchsetzen kann. Die Zukunft einer europäischen Sozialpolitik und damit eine wesentliche Voraussetzung einer postnationalen Demokratie hängt davon ab, „ob Europa als politisches System die notwendigen politischen Ressourcen aufbringen kann, um mächtigen Teilnehmern am Markt umverteilende Pflichten aufzuerlegen.“¹¹ Diese sozialpolitische Ergänzung der bisherigen, vornehmlich ökonomisch orientierten Politik der EU ist unumgänglich.

So ist seit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 und vor allem durch den Binnenmarkt seit 1992 in Europa ein einheitlicher, freier Markt institutionalisiert worden, der auf dem Prinzip des Leistungswettbewerbs und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer beruht. Insbesondere durch den Binnenmarkt ist eine starke Wettbewerbsordnung mit Sanktionsmöglichkeiten eingerichtet worden. Sie kommt dem Gedanken der ordnungspolitischen Sicherung des Wettbewerbs durch die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft sehr nahe.

Neben diesen marktwirtschaftlichen Grundsätzen hat die Europäische Union stets auch die soziale Dimension des Wirtschaftsraums Europa betont. Dies hat sich bis-

¹⁰ Schlecht, O.: Die Genesis des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft, in: Issing, O. (Hrsg.), *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd.116;* Berlin 1981, S. 4.

¹¹ Wolfgang Streeck, *Vom Binnenmarkt zum Binnenstaat? Überlegungen zur politischen Ökonomie der europäischen Sozialpolitik*, in: Stephan Leibfried/Peter Peirson (Hg.), *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik, Frankfurt/M. 1998, S. 391.*

her jedoch lediglich im Arbeitsschutz und in der Antidiskriminierungsgesetzgebung in nennenswerter Weise niedergeschlagen. Bedeutend ist außerdem das koordinierende Sozialrecht in der EU. Es regelt seit Jahrzehnten nicht nur Alters- und Hinterbliebenenrenten von Menschen, die ihr Arbeitsleben in mehreren EU-Mitgliedstaaten verbracht haben, sondern auch den Rentenbezug in einem anderen EU-Land oder Erstattungsmöglichkeiten medizinischer Behandlungen. Seit dem Jahr 2000 ist der EU-Rat außerdem für die Modernisierung der Sozialsysteme zuständig. Dabei werden wesentliche Teile der Sozialpolitik auf ihre langfristige Vereinbarkeit und Tragfähigkeit überprüft. Inwieweit sich aus diesen Initiativen ein eigenständiges europäisches Sozialmodell entwickelt, ist umstritten und gegenwärtig schwer abzusehen.

Die Frage nach diesem europäischen Sozialmodell ist nicht so sehr eine Frage des Ob, sondern vor allem eine Frage des Wie, also der konkreten Ausgestaltung. Entscheidend ist eine vorsorgende und eine ausgleichend-umverteilende EU-Sozialpolitik, welche die Ausprägungen der nationalen europäischen Sozialmodelle bewahrt und weiterentwickelt. Nur unter dieser Voraussetzung können auch die wesentlichen Impulse der Sozialen Marktwirtschaft aufgenommen werden. Dies sollte möglich sein, denn: Der Sozialstaat ist eine „Hervorbringung Europas“¹², der auf den gemeinsamen christlichen und aufklärerischen Wurzeln beruht.

Die EU kann also im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu einem echten Ordnungsmodell weiterentwickelt werden. Auf globaler Ebene kommt es hingegen darauf an, unabdingbare Mindeststandards im sozialen, rechtlichen, ökonomischen und ökologischen Bereich zu entwickeln und durchzusetzen.

Als Vorbild können hier die Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) dienen, deren Durchsetzungskraft bisher allerdings zu gering ist. In ähnlicher Weise sind Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) neu zu organisieren und dabei im Sinn der Verfahrensgerechtigkeit den Schwellenländern und den Ländern des Südens echte Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen. Ein wichtiges Element zur Durchsetzung dieser Mindeststandards ist die Entwicklung einer weltweiten Zivilgesellschaft, in der die Kirchen, besonders in globaler Ökumene, eine zentrale Rolle spielen können. Nur durch die freien und öffentlichen Diskurse der Zivilgesellschaft ist zu verhindern, dass politische oder ökonomische Akteure weltweite Vereinbarungen benutzen, um allein ihre Interessen durchzusetzen. Vielmehr kommt es auf einen partizipatorischen Prozess an, in dem demokratisch legitimierte Institutionen wesentlich an der Entwicklung und Durchsetzung weltweiter Standards mitwirken.

¹² Eberhard Eichenhofer, *Geschichte des Sozialstaates in Europa*, München 2007, S. 36.

4 Die Soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken: Marktwirtschaft gesellschaftlich und kulturell einbetten

4.1 „Nachhaltigkeit“ als notwendige Bedingung einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft hat durch den programmatischen Ausgleich von „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ wesentlich zur Lösung der sozialen Fragen beigetragen. Das 20. Jahrhundert, speziell das letzte Drittel dieses Zeitraums, ist von den ökologischen Fragen, den Grenzen des Wachstums, bestimmt gewesen. Nur eine Wirtschaftsform, die auf diese Herausforderung angemessen reagieren kann, ist als zukunftsfähig zu bezeichnen. Dementsprechend ist die Integration der Nachhaltigkeit in das System der Marktwirtschaft die entscheidende Bedingung einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. (These 6)

Ein blinder Fleck der Wirtschaftspolitik ist die einseitige Ausrichtung auf *quantitatives* Wachstum. Was ist eigentlich Wirtschaftswachstum? Kosten für Nahrungsmittel, für Fahrzeuge, für Umweltschäden, für medizinische Versorgung oder für Altenpflege gehen alle in das Bruttosozialprodukt ein. Sie sind aber nicht unbedingt Ausdruck von *qualitativem* Wachstum. Soziale und ökologische Kosten fließen aber nicht ohne politische Mitgestaltung in Marktpreise ein. Noch gravierender ist dies im Blick auf den Verbrauch der Naturgüter unter marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Modernes Wirtschaften ist bisher dadurch gekennzeichnet, dass in historisch beispielloser Weise Naturgüter verbraucht werden. Dieser Verbrauch steigt in weltweitem Maßstab unter den Bedingungen der Globalisierung unverändert an, mit immer dramatischeren ökologischen Gefahren, wie es in der breiten Öffentlichkeit insbesondere die Diskussionen um den Klimawandel zeigen. Dieser Raubbau an Naturgütern steht im Widerspruch zu Bedürfnissen zukünftiger Generationen¹³ und damit auch zu dem Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, das auf der UN-Umweltkonferenz von Rio 1992 formuliert wurde. Die Gründe für den Raubbau liegen im Wesen der Marktwirtschaft: einerseits der ökonomische Wachstumszwang, andererseits die unzureichende ökonomische Bewertung der Naturgüter.

¹³ So die Nachhaltigkeitsdefinition der sog. Brundtland-Kommission, nach der „Nachhaltigkeit“ die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen zu sichern anstrebt. Vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), *Unsere gemeinsame Zukunft*, Greven 1987, S. 9f.

Der ökonomische Wachstumszwang lässt sich vereinfacht wie folgt beschreiben: Die dynamische Struktur des Kapitalverwertungsprozesses mit innovativen Rationalisierungsschüben zielt auf ein stetiges, monetäres Wirtschaftswachstum. Die Notwendigkeit dieses Wachstums ergibt sich aus dem Einkommens- und dem Kapazitätseffekt von Investitionen. Indem Investitionen Arbeitsplätze schaffen, wird mehr Einkommen ausgeschüttet und so die Nachfrage erhöht, gleichzeitig aber auch die Produktionskapazität gesteigert. Um Krisen zu vermeiden, sollten beide Effekte in etwa gleich groß sein, d. h. die Nachfrage muss groß genug sein, um das höhere Angebot zu kostendeckenden Preisen abzunehmen. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Investitionen ständig zunehmen.

Die aus diesem Grund ständig ansteigende Investitionsrate wird vorfinanziert, wobei – da das investierte Geld nicht seinen Wert verlieren soll – ein Gewinn in der Zukunft erwartet wird, der zumindest das jeweils gültige Zinsniveau erreichen soll. Auf diese Weise ist ein ökonomisch zwingender, quantitativer Wachstumsprozess in Gang gesetzt. Diese Dynamik hat einerseits enorme Wohlstandsgewinne ermöglicht, andererseits aber zu einer bisher nicht bekannten Ausbeutung der Natur geführt.

Angesichts der ökologischen Krisen ist diese Wachstumsorientierung ökonomischen Handelns grundsätzlich zu hinterfragen. Wichtig ist dabei der Einwand, inwieweit unter Wohlfahrtsgesichtspunkten ein weiteres Wirtschaftswachstum sinnvoll ist, wenn die „erreichbaren Produktionszuwächse nicht oder gerade ausreichen, um die zusätzlichen Schäden zu kompensieren beziehungsweise eine weitere Verschlimmerung der Schadenssituation zu vermeiden“.¹⁴ Die Frage lautet also: Werden die durch ökonomisches Wachstum erwirtschafteten Wohlfahrtsgewinne durch ökologische oder soziale Folgekosten reduziert oder sogar aufgezehrt?

Noch grundsätzlicher steht das Wirtschaftswachstum durch den ständigen Verbrauch endlicher, häufig nicht regenerierbarer Naturgüter in Zweifel. Kritiker der herkömmlichen Wirtschaftsweise interpretieren Wirtschaftswachstum als „Fortsetzung des Krieges gegen die Natur“.¹⁵

Auf eine solche Wachstumskritik erwidern Ökonomen: Weder die Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum und industrieller Produktion noch von Wirtschaftswachstum und zunehmendem Ressourcenverbrauch sei zutreffend. Ökonomisch

¹⁴ Christian Leipert, *Ökologische und soziale Folgekosten der Produktion. Zum Problem der zunehmenden Unwirtschaftlichkeit der industriegesellschaftlichen Produktionsweise*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19/1984, S. 35. Vgl. auch Leipold, H.: *Wertewandel und Werteverzehr: Moralische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Dieter Cassel (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Stuttgart 1998, S. 153–175.

¹⁵ Günter Altner, *Naturvergessenheit, Grundlagen einer umfassenden Bioethik*, 1984, S. 271.

gesehen bedeute Wachstum einen Prozess der Wertschöpfung, wobei Güter geringerer Nützlichkeit in solche höherer Nützlichkeit verwandelt werden. Dieser Wertschöpfungsprozess müsse keineswegs mit dem Verbrauch von Naturgütern einhergehen. Eine die marktwirtschaftliche Dynamik wahrende Lösung des Problems besteht darin, den ökonomisch notwendigen Wachstumsantrieb durch Möglichkeiten der Energie- und Ressourceneinsparung technologisch so zu verbessern, dass monetäres ökonomisches Wachstum nicht zwangsläufig mit Ressourcenverbrauch einhergeht. Der ökonomische Wachstumspfad könnte beibehalten werden, ohne Naturgüter, speziell die nicht erneuerbaren Energieträger und Rohstoffe, in ständig wachsendem Ausmaß zu verbrauchen. Ziel dieser Strategie einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist die Abkehr von einer rein quantitativ und materiell ausgerichteten Wachstumskonzeption zu einer „Qualifizierung des Wachstums durch Einbau immer mehr immaterieller Elemente in den Produktionsprozess“.¹⁶

Allerdings kommt der gegenwärtige Globalisierungsprozess diesen Anforderungen eines *qualitativen* Wachstums nur bedingt entgegen. Zwar bedeutet der vermehrte Einsatz informationsverarbeitender Technologien eine gewisse Abkehr von der stark ressourcen- und energieverbrauchenden Form des Wirtschaftens. Ebenso können das Anwachsen des Dienstleistungssektors zu Lasten des industriellen Sektors oder auch die zunehmende ökonomische Bedeutung von Wissenschaft und Kultur als wichtige Anzeichen für eine Entwicklung hin zu einem Wachstum bewertet werden, das weniger auf den Verbrauch von Naturgütern ausgerichtet ist. Dem steht jedoch die mit dem Globalisierungsprozess einhergehende energieintensive Steigerung der Mobilität sowie die traditionellen Wachstumsstrategien in den meisten Schwellenländern entgegen. Die Zukunftsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Modells ist jedoch nur dann gegeben, wenn der ökonomische Wachstumszwang vom Naturverbrauch strikt losgelöst wird. Eine ökologisch und sozial zukunftsfähige Ökonomie bedarf des Umsteuerns hin zu einem *qualitativen* Wirtschaftswachstum und einem entsprechenden Lebensstil. Ein solches „*green growth*“ ist die entscheidende Herausforderung wirtschaftlichen Handelns in der Gegenwart. Es ist Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften, die Politik bei der Ausformulierung solcher Leitbilder zu unterstützen. Es ist ein neuer Horizont politischer Verantwortung, geeignete Instrumente der Umsetzung zu sichten, zu bewerten und durchzusetzen.

¹⁶ vgl. bereits Hans Chr. Binswanger, *Qualitatives Wachstum – Strategie und Ausgestaltungsprobleme*, in: H. Müller-Witt (Hg.), *Arbeitsplätze contra Umwelt?* Freiburg 1980, S. 63.

4.2 Von der Konjunktur- zur Strukturpolitik: Wirtschaftspolitik ökologisch, sozial und kulturell ausrichten

„Privat vor Staat“ oder „Staat vor Privat“ sind falsche gesellschaftliche Alternativen. Beide Strategien sind Instrumente, übergeordnete gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Entscheidungen für die eine oder andere Variante hängen ab von den sozialen, ökologischen oder kulturellen Dimensionen, denen sie verpflichtet sind. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Gemeinwohl stehen in einem direkten Zusammenhang. Dieser Zusammenhang kann nur dann neu gestaltet werden, wenn die sozialen und die ökologischen Komponenten wirtschaftsethisch als Wertedimensionen integriert sind. (These 7)

Eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft muss sich auf das Verhältnis der einzelnen Bausteine beziehen. Ordnungspolitisch ist nicht entscheidend, die „Systemfrage“ für oder gegen die Marktwirtschaft zu stellen oder die Marktwirtschaft als solche abzuschaffen. Weiterentwicklung der Marktwirtschaft bedeutet, ihre einzelnen Bausteine über das wirtschaftsliberale Denken hinaus neu zu bestimmen.

Diese Neubestimmung erfolgt dadurch, dass die zentralen Kategorien erweitert und in einen Bezugsrahmen gestellt werden. Die zentralen Kategorien verdeutlichen, an welchen Punkten sich eine „reine“ Marktwirtschaft und eine eingebettete Ökonomie im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft unterscheiden. Der folgende Vergleich zeigt, wie die Grundkategorien des Wirtschaftens jeweils inhaltlich gefüllt werden.

- *Freiheit* bedeutet im wirtschaftsliberalen Konzept im Wesentlichen Willkürfreiheit, Eigentumsfreiheit und das Spannungsfeld von Freiheit und *individueller* Verantwortung. Im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft war und ist Freiheit ein ethisch, sozial und kontextuell zu qualifizierender Begriff, das zentrale Spannungsfeld besteht zwischen Freiheit und (gesellschaftlicher) Ordnung.
- *Gerechtigkeit* bezieht sich im wirtschaftsliberalen Konzept auf Verfahrens- und Regelgerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist demnach ein Widerspruch in sich selbst, die Summe der Einzelinteressen und individuellen Leistung ergibt das Gemeinwohl, es ist eine „Anmaßung von Wissen“ (F.A. v. Hayek), Gerechtigkeit für alle vorgeben zu können. Der Staat hat die Aufgabe, Leistungsschwache zu fördern. In der Sozialen Marktwirtschaft geht die Aufgabe des Staates darüber hinaus. Er muss sozialen Ausgleich schaffen und Regeln für die Wirtschaft so festlegen, dass sie die dienende Funktion von Märkten steuern. Soziale Gerechtigkeit ist das Kriterium der Marktsteuerung.

- *Nachhaltigkeit* gilt im wirtschaftsliberalen Modell, solange der Wettbewerb es zulässt und solange sie sich rechnet („Business case“). In der Sozialen Marktwirtschaft gilt kulturelle und politische Nachhaltigkeit, die auch Grenzen des Wachstums erkennen und politisch durchsetzen kann.
- *Gemeinwohl* wird im wirtschaftsliberalen Konzept durch Wettbewerb als Harmonisierungsinstrument, durch individuelle Freiheit und Leistung erreicht. In der Sozialen Marktwirtschaft ist zu erreichen, dass die Marktwirtschaft mit der Lebenswelt und dem Primat der Politik wiedervernetzt wird.
- *Rahmenordnung* ist in der „reinen“ Marktwirtschaft konstant, hat funktionierendes Preissystem und Wettbewerb zu sichern, in der Sozialen Marktwirtschaft gilt die *Interdependenz der Ordnungen* (Staats-, Rechts-, Wirtschafts-, Sozial-, Lebensordnung, etc.).
- *Staat und Gemeinwesen* sind im wirtschaftsliberalen Konzept durch Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung und das Vermeiden punktueller Eingriffe geprägt. Im Mittelpunkt steht die Reduzierung der Abgaben und der Steuerquote. Im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft schaffen Staat und Gemeinwesen erst die Voraussetzungen für Markt und Wettbewerb. Sie bestimmen öffentliche Aufgaben, stärken die soziale Ordnung und bedenken Formen der Regulierung.
- *Sozialindikatoren* sind im wirtschaftsliberalen Modell ökonomische, z.B. Bruttoinlandsprodukt, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenquoten. In der Sozialen Marktwirtschaft gelten diese ebenfalls, zugleich aber auch Krisenerscheinungen in externen Effekten, soziale Kosten, Sinnfragen oder der Human Development Index (HDI), der auch immaterielle Wohlstandsindikatoren berücksichtigt.¹⁷

Regelungen sind nun dafür zu finden, wie die weltweite Marktwirtschaft, ihre Lenkung und Ausrichtung lebensdienlich erfolgen kann. Die Wiedergewinnung des Primates der Politik kann durch die Summe unterschiedlichster wirtschafts- und unternehmenspolitischer Instrumente erfolgen, die sich an dem Verständnis einer eingebetteten Ökonomie im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Diese Annäherung kann in drei Stufen erfolgen:

- Erweiterung des methodischen Rahmens (eingebettete Ökonomie im Geiste in der Sozialen Marktwirtschaft) sowie Bestimmung der Grundbegriffe und Kategorien des ökonomischen Denkens (Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinwohl, Staat und Gemeinwesen, Rahmenordnung, Sozialindikatoren),

¹⁷ vgl. auch die tabellarische Gegenüberstellung *Soziale Marktwirtschaft „Ökonomische und eingebettete (kontextuelle) Wahrnehmung“*, Material M 2.2 Ordnungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. (www.ekvw.de, quicklink Nr. 252)

- Qualitative Zieldefinition (lebensdienliches Wirtschaften, Nachhaltigkeit als Querschnittsdimension für stetiges und angemessenes Wachstum, hoher und qualifizierter Beschäftigungsgrad; nachgeordnet sind Preisniveaustabilität oder ausgeglichene Zahlungsbilanz),
- Auswahl geeigneter wirtschafts- und unternehmenspolitischer Instrumente (z. B. der staatlichen oder wettbewerblichen Gestaltung öffentlicher Güter – Bildung, Gesundheit, Sicherheit, der Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik, der Energie- und Umweltpolitik, der Finanzmarktpolitik, der internationalen Wirtschaftspolitik, etc.).

Neue gesellschaftliche Aufgaben, die Analyse der gesellschaftlichen Lage, die Definition politischer Ziele und die Instrumente der wirtschaftspolitischen Gestaltung sind wieder miteinander zu verbinden. Je nach Lageinterpretation und Zieldefinition ergeben sich entsprechend andere wirtschaftspolitische Instrumentarien. Wirtschaft geschieht in gesellschaftlicher Vernetzung, Wirtschaft wird ein sozio-kulturelles Phänomen. Die Lehre von der Wirtschaft ist mehr als Kosten- und Preismathematik, sie ist eine wertebewusste Sozial- und Kulturwissenschaft.

Wirtschaftspolitische Kern ist aber noch immer die konjunkturelle Ausrichtung des staatlichen Handelns, die über konjunkturelle Impulse und Wirtschaftswachstum versucht, Beschäftigung zu erhalten. Chancen der Lenkung des Wettbewerbs und die Integration strukturorientierter Elemente fehlen. In der Automobilindustrie z. B. könnte die Vergabe von Bürgschaften und Strukturhilfen oder die Neugestaltung der Kfz-Steuer viel stärker mit umwelt- und verkehrspolitischen Vorgaben verbunden werden. Aus der Sicht der betroffenen Unternehmen müsste das der Preis dafür sein, die betriebswirtschaftliche Rettung zu ermöglichen.

4.3 Sozialkultur, ordnungspolitische Verfahren und Mitverantwortung von Unternehmen

Für die Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft sind heute neue Voraussetzungen zu berücksichtigen: Die Wirtschaft internationalisiert sich; der Graben zwischen Arm und Reich, weltweit und innerhalb der Gesellschaften, wird tiefer; der Klimawandel ist eine globale Bedrohung. Um diese Herausforderungen ordnungspolitisch zu bewältigen, müssen staatliches Handeln, staatenübergreifende Regelungssysteme und supranationale Governance-Strukturen aufeinander abgestimmt werden. Dabei sind eine starke, häufig international vernetzte Zivilgesellschaft und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) einzubeziehen. Ordnungspolitische Mitverantwortung wahrzunehmen, bedeutet, dass auch Unternehmen politisch zu denken lernen. (These 8)

In der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft seit ihrer Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Rahmenbedingungen verändert. Das gilt sowohl für den gesellschaftlichen Einfluss von Familie und Erziehung als auch für Kirche, Gewerkschaften oder Parteien. Es bezieht sich auf neue Elemente, welche die Debatten in der politischen Öffentlichkeit belebt haben: die Gleichstellung von Frauen und Männern¹⁸, Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen, Wohlfahrtsverbände, Umweltverbände und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) haben neue Formen der politischen Willensbildung angestoßen.

In der frühen Phase der Sozialen Marktwirtschaft haben neben den politischen Parteien mächtige Sozialpartner, wie die Arbeitgeber und Gewerkschaften, weite Teile der politischen Diskussionslinien geprägt. Heute leiden gesellschaftliche Großorganisationen unter Mitgliederverlusten und müssen neue Herausforderungen im Kontext der Globalisierung annehmen. Der soziale Humus, auf dem sie groß geworden sind, ist immer stärker aufgebraucht. Gewerkschaften und Betriebsräte arbeiten in einem Spannungsfeld: Einerseits müssen sie in sozialer Verantwortung die Rolle des Co-Managements ausfüllen, andererseits ihre historische Rolle als gesellschaftliche Gegenmacht unter den Bedingungen der internationalisierten Wirtschaft neu organisieren.

Wirtschafts- und ordnungspolitisch sind die großen Parteien inhaltlich nicht weit voneinander entfernt. Für das Gewinnen von Wahlen muss eine große Volkspartei ökonomischen Sachverstand nachweisen. Weltanschauliche Gegensätze verblasen oder werden nicht mehr politisch ausgetragen. Es gibt in wirtschaftspolitisch wichtigen Fragen Gegensätze zwischen einzelnen Ressorts, jedoch kaum ordnungspolitische Vorgaben jenseits vermeintlicher Sachgesetze, nach denen sich Fachministerien ausrichten könnten. Obwohl die Zuständigkeiten in der Geschäftsordnung der Bundesregierung geregelt sind, bestehen durchaus unterschiedliche wirtschaftspolitische Zugänge. Das gilt beispielsweise für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese „Tobin-Steuer“ ist ein währungspolitisches Instrument zur Besteuerung von Devisenumsätzen mit dem Ziel, kurzfristige Finanzanlagen zu verteuern und so weniger attraktiv zu machen und gleichzeitig die entstehenden Einnahmen developmentspolitisch zu nutzen. Unterschiedlich bewertet wird die Tobin-Steuer naturgemäß von den zuständigen Ressorts: Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Der Prozess der Globalisierung hat neue Gewichte und Leerstellen in den nationalen und internationalen politischen Entscheidungsprozessen geschaffen. Auf der einen

¹⁸ vgl. ausführlich *Material M 2.3 Dimensionen des Gender mainstreaming*. www.ekvw.de, quicklink Nr. 252.

Seite besteht eine Diskrepanz zwischen der nationalen und internationalen Regelungsdichte. Was auf nationaler Ebene und innerhalb Europas noch politisch bestimmt werden kann, trifft auf internationaler Ebene im Blick auf Verfahrensstandards auf Leerstellen. Es gibt ein ordnungspolitisches Vakuum. Der Prozess der Globalisierung hat nicht mit den Erfordernissen demokratischer Repräsentation Schritt gehalten. Informationsrechte oder Klagerechte von nichtstaatlichen Organisationen, Asymmetrien von exekutiver Ebene und Parlamenten (wie z.B. in den Informationsmöglichkeiten des Bundestages zu Konzepten der deutschen Außenhandelspolitik, die im Ministerium entwickelt werden), Grenzen der direkten Demokratie und Volksabstimmungen in internationalen Prozessen sind nicht mit der gleichen Geschwindigkeit weiterentwickelt wie Beziehungen zwischen Märkten und Unternehmen.

Die Beschleunigung des Wirtschaftslebens führt dazu, dass es kaum zu übergeordneten Grundsatzüberlegungen kommt. Die Wettbewerbsgesellschaft steht vor Fragen nach Sinn und Zielen des Lebens und Zusammenlebens. Zugleich muss sie Methoden finden, diesen Fragen einladend, ernsthaft und gestaltungswirksam nachzugehen. Die Dynamik des globalen Wettbewerbs erfordert nicht nur die Klärung individueller Lebensmodelle, sondern auch die ordnungspolitische Klärung der Rolle von Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft für die Mitverantwortung bei der Gestaltung des Ordnungsrahmens.¹⁹ Interessenvertretung kann nicht nur das kurzfristige, betriebswirtschaftliche Interesse berühren. Bei einer großen Zahl mittelständischer Unternehmen wird die mit Begriffen wie Corporate Social Responsibility (CSR) oder Corporate Citizenship (CC) bezeichnete gesellschaftliche Mitverantwortung von Unternehmen selbstverständlich gelebt.

Es gibt jedoch Grenzen des freiwilligen unternehmerischen Handelns in gesellschaftlicher Verantwortung, es gibt aber auch Chancen. Zu den Chancen zählen die Initiativen der Corporate Social Responsibility (CSR), am weitesten gefasst als die gesellschaftliche Mitverantwortung von Unternehmen. Der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat im Jahr 2000 unter der Überschrift „Global Compact“ eine Initiative ins Leben gerufen, die weltweit tätige Unternehmen dazu motivieren will, in ihren Aktivitäten verstärkt Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Verantwortung und des Schutzes der Menschenrechte zu berücksichtigen. Das globale Kräfteverhältnis zwischen Politik, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft hat sich verändert. Nichtstaatliche Organisationen und Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle in solchen neuen globalen Partnerschaften. Einige deutsche Unternehmen sind diesem Pakt bereits beigetreten, darunter auch Unternehmen aus dem Gebiet der Evangelischen Kirche von Westfalen.

¹⁹ EKD, *Unternehmerisches Handeln*, Ziff.48.

Solche freiwilligen Selbstverpflichtungen können bei sehr unterschiedlichem Ausmaß des Engagements der beteiligten Firmen nicht international verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen ersetzen. Am weitesten fortgeschritten sind diese Versuche im Rahmen der OECD-Guidelines. Die europäische Union hat ein Weißbuch zur sozialen Verantwortung von Unternehmen 2006 publiziert, das im Wesentlichen auf die Freiwilligkeit unternehmerischen Engagements setzt. Innerhalb des europäischen Parlamentes setzt sich besonders der englische Abgeordnete Hewitt dafür ein, verbindlichere Regelungssysteme einzusetzen. Vorstände von international tätigen Unternehmen argumentieren häufig, dass sie sich aus innerer Überzeugung oder aufgrund öffentlichen Druckes gerne stärker für soziale oder ökologische Gesichtspunkte einsetzen würden, dass ihnen aber die Sachzwänge des internationalen Wettbewerbs keine Alternativen lassen. Aus diesem Grund ist es auch aus der Sicht von betroffenen Unternehmen erforderlich, über die Macht der Sachzwänge und andere Regeln des globalen Wettbewerbs nachzudenken. Für viele international tätige Unternehmen und ihre klassische Struktur von Sozialpartnerschaft ergeben sich neue Herausforderungen im internationalen Standortwettbewerb. Dieser besteht nicht nur den Konkurrenzunternehmen gegenüber, sondern es entsteht ein unternehmensinterner Standortwettbewerb über Ländergrenzen hinaus.²⁰ Die Konzernstrategie, die Interessenvertretung der Belegschaften, volkswirtschaftliche Interessen und die Kriterien einer langfristig nachhaltigen Unternehmenspolitik müssen heute über die klassische Struktur von Sozialpartnerschaft hinausdenken.

Ordnungspolitische Mitverantwortung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass auch Unternehmen *politisch* zu denken lernen. Ein freiwillig und aus Überzeugung engagierter Unternehmer darf am Ende nicht „der Dumme“ sein. Unternehmen müssen mit überlegen, wie nachhaltige Regelungen, die den Dreiklang der ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen berücksichtigen, entwickelt werden können. Solche Regelungen verstärken nicht nur die soziale oder ökologische Ausrichtung wirtschaftlichen Handelns, sie schützen auch diejenigen Unternehmen, die sich freiwillig engagieren, vor Trittbrettfahrern. In dieser Suche, die auch ökonomische Interessen und Handlungsmöglichkeiten einbezieht, kann sich ordnungspolitische Mitverantwortung von Unternehmen äußern. Hier entsteht eine neue Ebene der ordnungspolitischen Verständigung. Für Unternehmen geht es um normatives Management, um den Bereich jenseits von strategischem und operativem Management, wo Unternehmensziele und -aufgaben definiert werden. Es gibt Beispiele dafür, dass Unternehmen bei Investitionen in Schwellen- oder Entwicklungsländern den regionalen staatlichen Regelungen weit voraus sind, es gibt dafür

²⁰ Solche betriebsinterne Konstellationen werden ausführlich analysiert im Rahmen eines Projektes des Betriebsrates von Opel Bochum, des Betriebsrates von Opel Gliwice, Polen sowie des Instituts für Kirche und Gesellschaft – Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt. (www.kircheundgesellschaft.de)

aber auch genauso viele Gegenbeispiele. Es gilt aber vom Prinzip: Nicht von vornherein muss die staatliche oder marktliche Regelung im ökologischen oder sozialen Sinne die bessere sein.²¹

In der klassischen Form der Wirtschaftspolitik gibt es eine strikte Trennung der Handlungsebenen des Staates, der Sozialpartnerschaft und der übrigen Teile der Zivilgesellschaft. Angesichts der Verflechtung wirtschaftlicher Prozesse ist eine neue Form von wirtschaftspolitischer Durchlässigkeit erforderlich und damit eine Erweiterung der bisherigen Formen von Sozialpartnerschaft. Daraus ergeben sich neue Verfahren der Beteiligung an wirtschaftspolitischen Prozessen, die versuchen, die neuen ökologischen oder zivilgesellschaftlichen Dimensionen zu berücksichtigen.

Dialoge mit Anspruchsgruppen (Stakeholder-Dialoge), die sich bisher auf die Auseinandersetzung zwischen nichtstaatlichen Organisationen, Gewerkschaften und Unternehmen auf der Basis von freiwilligen Gesprächen beziehen, müssen dazu um die politische Dimension erweitert werden. Im Sinne des Ordnungsrahmens einer Sozialen Marktwirtschaft müssen hier Rahmenbedingungen festgelegt werden, indem das verbreitete Denken in fachlichen und interessengeleiteten Sektoren erweitert wird.²²

4.4 Übertragbarkeit der Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft ist ordnungspolitische Gestaltung, nicht nur sozialstaatliche „Reparatur“. Die Soziale Marktwirtschaft dient als politisches Instrument sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen. Die Soziale Marktwirtschaft ist gestaltungs offen und kontextsensibel. Darin kann sie – über Deutschland und andere europäische Staaten hinaus – ein Gegenmodell zur selbststeuernden Marktökonomie darstellen. Soziale Marktwirtschaft beinhaltet programmatische Interventionen, die auf eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Instrumente setzen. Die zentrale Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung besteht darin, ob sie einen relevanten Beitrag für eine auch die Entwicklungsländer einbeziehende globale Strukturpolitik leisten kann.

(These 9)

²¹ Diskutiert im CSR – Kaminkreis der Ev. Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft im Rahmen des Projektes 2007-2009 der Ev. Akademien in Deutschland (EAD) und der Hans-Böckler-Stiftung (HBS): „CSR zwischen Nachhaltigkeitsberichterstattung und Gestaltung des politisch-demokratischen Handlungsrahmens“. (www.evangelische-akademie.de)

²² Diese Überlegungen zu politischen Verfahren werden im Schlusskapitel in dem Vorschlag zu einem ökumenischen Panel aufgegriffen.

Die Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft hat in allen Ländern ähnliche Fragen aufgeworfen, die jeweils andere Antworten hervorrufen. Im Süden hat die Öffnung der Märkte einen neuen Kosten- und Wettbewerbsdruck geschaffen, durch den sich zwar auch neue Chancen für den Import und Export ergeben, durch den aber auch Produktionszweige ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren, lokale Märkte zerstört werden, die Staatseinnahmen sinken, öffentliche Aufgaben nicht mehr oder in nur geringem Maße erfüllt werden können. Das Ungleichgewicht in einer offenen und deregulierten globalen Wirtschaft hat negative Effekte besonders für die Schwachen. Die ungebremsste Kraft des Preiswettbewerbs kann zwar neue Marktchancen eröffnen, sie kann aber auch regionale Ökonomien zerstören. Besonders zugespitzt ist diese Frage in dem Bereich der Agrarproduktion. Landwirtschaft verdient in dieser Situation die besondere Aufmerksamkeit, besonders deswegen, weil Landwirtschaft nicht auf ihre wirtschaftliche Komponente reduziert werden darf. Das Bestehen im weltweiten Preiswettbewerb kann nur gelingen, wenn eine Volkswirtschaft die Voraussetzungen dafür hat. Marktwirtschaft ohne einen sozialen, administrativen und politischen Kontext kann nur als Manchester-Kapitalismus des Verdrängungswettbewerbs in Erscheinung treten. Ob in Russland, China, Argentinien, Afghanistan, Indonesien oder Tansania: Die Marktwirtschaft braucht einen Ordnungsrahmen, damit sie ihre lebensdienliche Funktion erfüllen kann.

In weltweiter Betrachtung einer Ethik der Sozialen Marktwirtschaft darf in einem ökonomischen Zusammenhang nicht von der Gleichheit der jeweiligen Werte und Normen ausgegangen werden. Es geht also um die neue Auseinandersetzung mit Wertepluralismus im globalen ökonomischen Zusammenhang. Das Leben und die Würde des Menschen sind sowohl die Soziale Marktwirtschaft überschreitende als auch im Christentum verankerte Grundorientierungen. Sie zählen zu den unveräußerlichen Menschenrechten, die nicht einer ökonomischen Ausrichtung überlassen werden dürfen. Welche neuen Balancen brauchen Mensch und Gesellschaft im globalen Wettbewerb, in einer liberalisierten Marktwirtschaft, in einer entgrenzten Ökonomie? Wie sind die Pole Geschwindigkeit und Stabilität, Beschleunigung und Überschaubarkeit, Entgrenzung und Einbettung aufeinander zu beziehen?

Wesentlich für die Ethik einer Region oder eines Landes sind in der Regel religiöse, philosophische und ethische Faktoren, die das Denken, Zusammenleben und die Kultur einer Gesellschaft prägen. Kultur meint also die symbolische Ordnung einer Gesellschaft. Kultur beschränkt sich nicht auf Literatur, Musik, Theater oder Tanz, sondern umfasst die Summe der Faktoren, die den Alltag und die Politik eines Landes bestimmen. Wie prägt der Islam eine eigene Ethik und Wirtschaftsethik, die sich von der Wirtschaftsethik des christlich-abendländischen Denkens und der Ethik des wissenschaftlich-technischen Weltbilds unterscheidet? Wie beeinflussen der Konfuzianismus in China oder der Buddhismus und Hinduismus in Indien eine

Wirtschaftsethik, die für ein ganzes Volk ein Arbeits- oder Leistungsethos vermittelt, das sich vom mitteleuropäischen unterscheidet? Wie unterscheidet sich ein schwarzafrikanisches spirituelles Weltbild vom wissenschaftlich-technischen Weltbild? Das individualistische westliche Denken steht in Spannung mit einem Menschenbild, das den Menschen zunächst als Teil einer Gemeinschaft sieht. Der afrikanische Kommunalismus fördert traditionell das Gemeinschaftseigentum. Privateigentum ist nach westlichem Verständnis aber einer der Pfeiler der Gestaltung einer Marktwirtschaft. Ähnliche Unterschiede sind festzustellen bei der Einordnung des Zeitbegriffs einer Kultur.

Erfahrungen der verschiedenen Weltregionen mit Globalisierung, Liberalisierung und Deregulierung sowie auch Erfahrung des Lebens in anderen Wirtschaftssystemen machen deutlich: Die Beseitigung der wirtschaftlichen Barrieren als Folge einer Politik, die als ihr Ziel allein das isolierte und fundamentale Ideal der Freiheit wirtschaftlichen Handelns hat, konnte nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen. Ein fundamentaler Aspekt von Freiheit ist: Freiheit und Gerechtigkeit sind nicht getrennt voneinander denkbar, sondern ergänzen sich. Es gibt keine wirkliche Freiheit ohne Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit kann ohne Freiheit nicht existieren.²³

Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sind integrale Bestandteile des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehören verschiedene Formen der effektiven Umverteilung. Beispiele dafür sind bestimmte Formen der Entwicklungshilfe und Assistenz für die Länder des Südens sowie auch einige interne Finanzmechanismen der EU. Soziale Gerechtigkeit kann aber nicht nur durch ein System der Umverteilung erreicht werden. Um die soziale Gerechtigkeit zu erreichen, ist es notwendig, mehr als sozialpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Genauso wichtig und vielleicht sogar wirksamer sind Bemühungen, eine Gerechtigkeit im *ex ante* zu schaffen (z. B. durch Zugang zu Produktionsmitteln, Chancengleichheit für alle usw.). Dies setzt voraus, dass die Mittel beschafft werden, um soziale Gerechtigkeit schaffen zu können (KEK, Globalisierung). Dies schließt auch eine aktive Rolle der Gesellschaft ein beim Aufbau der Strukturen, welche zur Verwirklichung von Gerechtigkeit beitragen sollen. Gerechte Gesellschaft heißt partizipatorische Gesellschaft und Befähigung zur Teilhabe. Der Mensch braucht für das Leben viel mehr, als der Markt produzieren kann. Die Logik des Marktes muss insbesondere dort hinterfragt werden, wo sie auf die Versorgung mit grundlegenden Sozialdiensten und die Verteilung gemeinsamer Güter wie Wasser und Luft angewandt wird. Christlicher Glaube hat gute Gründe zu bekräftigen, dass es bestimmte soziale Güter gibt, die nach einer andersartigen Logik verteilt werden müssen. Diese sozialen Güter sind (globale) öffentliche Güter und keine Ware.

²³ Konferenz europäischer Kirchen (KEK): *Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung*, Brüssel 2005.

Dies gilt es mit besonderem Nachdruck im Blick auf die elementaren Lebensrechte und Bedürfnisse der Mehrheit der Weltbevölkerung zu betonen:

Armut ist nach wie vor ein globaler Skandal. Trotz vier Jahrzehnten Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit fällt die Welt wirtschaftlich gesehen immer weiter auseinander: „25 Prozent der Menschen verfügen über rund 75 Prozent des Welteinkommens, während 60 Prozent der Menschen von nur sechs Prozent des Welteinkommens leben. Annähernd die Hälfte der Weltbevölkerung (2,8 Milliarden Menschen) leben von weniger als zwei USD am Tag, und 1,4 Milliarden von weniger als 1,25 USD (Kaufkraftparität). Diese Schere öffnet sich sowohl zwischen den Ländern (um 20 Prozent seit 1980) wie auch innerhalb der Länder. Verarmungs- oder Bereicherungsprozesse verlaufen häufig quer zu nationalen Grenzen und schließen die Industrieländer ein. Das Ausmaß der extremen Armut hat seit 1980 prozentual abgenommen, ist in absoluten Zahlen jedoch leicht gestiegen. (...)

Armut hat viele Gesichter und ist vor allem weiblich – zu den Armen gehören Landlose und Slumbewohner, Kleinbauern/bäuerinnen und informelle Händler/innen, Wanderarbeiter/innen, Aids-Waisen, Kinderarbeiter/innen. Gemeinsam ist ihnen der unzureichende Zugang zu den Basisressourcen Land und Energie, Mittel- und Machtlosigkeit und der Ausschluss von Bildung und Gesundheit. (...) Armut bedeutet immer ökonomische, soziale und politische Marginalisierung oder Ausschluss. Arme Menschen sind in der Regel unmittelbar und stark abhängig von natürlichen Ressourcen und besonders verletzlich gegenüber Natur- und anderen Katastrophen. Dass arme Bevölkerungsgruppen sich aus diesen Zwängen befreien, ist elementarer Bestandteil eines Lebens in Würde“, und die Auswirkungen des Klimawandels werden es in vielen Ländern erschweren, die Ursachen der Armut zu bekämpfen.²⁴

Die *zentrale internationale Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft* in Zeiten der Globalisierung besteht darin, ob sie einen relevanten Beitrag für eine auch die Entwicklungsländer einbeziehende gerechte und nachhaltige globale Strukturpolitik leisten kann.

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist in der ordnungspolitischen Ausgestaltung offen. Die Interdependenz der Ordnungen bietet für eine soziokulturell feinfühligere Wahrnehmung der kulturellen Realitäten die Möglichkeit, diese Faktoren in die Gestaltung der Wirtschaftsordnung einzubeziehen. Das wirtschaftsliberale Denken geht demgegenüber von der Universalität ökonomischer Prozesse, der „ökonomischen Gesetze“ und der marktwirtschaftlichen Mechanismen aus. Die

²⁴ *Evangelische Kirche in Deutschland: Umkehr zum Leben, Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, S. 52–54, 2009.*

Soziale Marktwirtschaft heißt also „sozial“ in diesem ordnungspolitischen Zusammenhang, weil sie den sozialen Anschluss an die spezifischen regionalen und kulturellen Kontexte wirtschaftlichen Handelns ermöglicht.

Ist die Soziale Marktwirtschaft nun ein spezifisch deutsches oder auch ein spezifisch europäisches Modell? Diese Frage lässt sich heute nicht eindeutig beantworten. Auf der einen Seite gibt es die europäische Tradition eines starken Sozialstaates. Dieser ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in den skandinavischen Ländern, Frankreich oder der Schweiz anzutreffen. Mit den europäischen Staaten verbunden ist in der Regel auch eine relativ starke Zivilgesellschaft, in der nicht-staatliche Organisationen an der politischen Willensbildung mitwirken. Dies gilt nicht nur für Fragen von allgemeinen Menschenrechten, sondern auch für das Konsumverhalten, für Prozesse direkter Demokratie, für Beteiligung an Stakeholder-Dialogen im Gespräch mit Unternehmen und Verbänden. Diese Form der Zivilgesellschaft kann in Ländern des Südens oder auch in Osteuropa nicht überall vorausgesetzt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft kann jedoch als kultursensibles und kontextspezifisches Konzept genutzt werden. Sie eröffnet die Möglichkeit, die Marktwirtschaft in den gesellschaftlichen (kulturellen, sozialen, ökologischen, politischen und religiösen) Kontext einer Region einzubetten. Dies ermöglicht eine ausgewogene Bewertung und Gestaltung der Rolle der Wirtschaft in der Gesellschaft. Die eigentliche Parallele der Herausforderungen besteht in der Suche nach Möglichkeiten der Wiedergewinnung des Primates der Politik über wirtschaftliche Prozesse. Darin stehen Länder des Nordens, Ostens, Südens und Westens vor ähnlichen Herausforderungen.

5. Möglichkeiten kirchlicher Mitgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft

Kirche selber ist Wirtschaftssubjekt. Sie hat ihrer Botschaft mit ihrer Ordnung und Praxis zu entsprechen. Sie muss durch ihr Anlage- und Einkaufsverhalten ethische Kriterien umsetzen, z.B. durch ethische Vermögensanlage oder kirchliche Klimaschutzkonzepte. Ein anspruchsvolles ordnungspolitisches Spannungsfeld liegt im Bereich diakonischer Unternehmenspolitik, in dem Kirche und ihre Diakonie ihrem Auftrag entsprechen und sich zugleich als betriebswirtschaftliche Akteure im Wettbewerb behaupten müssen.
(These 10)

Die Kirche „redet“ durch die Art und Weise ihrer Ordnungen und Handlungsfelder ebenso deutlich wie durch ihre Verkündigung und Verlautbarungen. Es ist der immer wieder neu aufzunehmende Impuls der Barmer Theologischen Erklärung (BTE), dass die Struktur und Ordnung der Kirche der biblischen Botschaft nicht widersprechen darf, dass im Idealfall sogar von einem „Zeugnis“ auch der häufig vernachlässigten sogenannten äußerlichen Ordnungen gesprochen werden kann.

So heißt es in der 3. Barmer These:

„Lasset uns aber rechtschaffen sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken an dem, der das Haupt ist, Christus, von welchem aus der ganze Leib zusammengefügt ist (Eph 4,15–18)

Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern (und Schwestern), in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, dass sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.“

Dies gilt nicht zuletzt auch von den Bereichen, in denen von der Kirche als „Wirtschaftssubjekt“ zu sprechen ist. Mit ihren Finanzen, ihrem Anlage- und Konsumverhalten sowie nicht zuletzt im Blick auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Bereich von Kirche und Diakonie hat sich die Kirche selbstkritisch zu prüfen, inwieweit ihr Handeln den biblischen Zeugnisauftrag fördert oder behindert.

5.1 Kirche als Wirtschaftssubjekt: Vermögensanlagen

Kirche ist in verschiedener Hinsicht selber Wirtschaftssubjekt: als Arbeitgeberin, als Konsumentin, als Vermögens- und Geldanlegerin. Sie kann mit ihrer eigenen Ordnung Zeugnis geben. Als Konsumentin kann sie beispielsweise nach Kriterien des fairen Handels einkaufen – als einzelne Kirchengemeinde, aber auch durch die Wirtschaftsgemeinschaft der Kirchen, die für das Beschaffungswesen zuständig ist. Diese Studie beschränkt sich beispielhaft auf die kirchliche Vermögensanlage.

„Das gesamte kirchliche Vermögen dient der Verkündigung des Wortes Gottes und der Diakonie und darf nur zur rechten Ausrichtung des Auftrags der Kirche verwendet werden.“

(Verwaltungsordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen § 2 (1))

Lange Zeit ist dieser selbstverständlich klingende Satz aus der kirchlichen Verwaltungsordnung so verstanden worden, dass kirchliche Gelder nur für den Bau und Erhalt von Kirchen, die Bezahlung der Pfarrer und Pfarrerinnen und des kirchlichen Personals in Kindergärten und Diakonischen Werken ausgegeben werden dürfen. Die Evangelische Kirche von Westfalen hat sich mit ihrem Synodenbeschluss von 2005 eindeutig dazu bekannt, dass auch ihre Rücklagen und Vermögensanlagen auf allen kirchlichen Ebenen ethischen Kriterien nach sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien entsprechen sollen. Inzwischen entwickelt sich die kirchliche Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank) zu einem Vorreiter in Fragen ethisch-nachhaltigen Investments. Die Frage der Transparenz kirchlicher Geldanlagen im Blick auf ethisch verantwortetes Investment hat angesichts der Weltfinanzkrise eine zusätzliche Dringlichkeit bekommen. Hier entwickeln sich innerhalb der Evangelischen Kirche wie in ökumenischer Zusammenarbeit in Deutschland ebenso wie auf europäischer Ebene über die Konferenz Europäischer Kirchen zukunftsweisende Kooperationen und Vernetzungen, mit denen die Kirchen durch eigene Glaubwürdigkeit, Transparenz und durch vergleichbare Standards gemeinsam zu mitgestaltender Marktmacht kommen können. Neben der gesamtkirchlichen Ebene kommt es darauf an, die Gemeinden und Kirchenkreise darin zu unterstützen, ihre Gelder im Sinne des Wortes Gottes anzulegen. Der von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen herausgegebene *„Leitfaden für nachhaltige kirchliche Geldanlagen in kirchlichen Haushalten“*²⁵ gibt dazu hilfreiche Orientierung. Viele Kirchengemeinden, Kirchenkreise und kirchliche Einrichtungen haben den Wunsch, ihr Geld im Einklang mit christlichen Werten anzulegen. Es ist ihnen wichtig, ihre Gelder nicht bei Unternehmen anzulegen, die z.B. mit der Produktion und dem Handel von Waffen Bürgerkriege in Entwicklungsländern verschärfen oder die

²⁵ Download von der Homepage der EKvW unter www.ekvw.de, quicklink 253.

für unzumutbare Arbeitsverhältnisse in Entwicklungsländern mit verantwortlich sind. Der Leitfaden zeigt einen Weg auf, der auch angesichts rückläufiger Kirchensteuereinnahmen und knapper personeller Ressourcen realisierbar ist.

5.2 Kirche als Wirtschaftssubjekt: Grenzen der unternehmerischen Diakonie

Ein anspruchsvolles ordnungspolitisches Spannungsfeld liegt im Bereich diakonischer Unternehmenspolitik, in dem Kirche und ihre Diakonie ihrem Auftrag entsprechen und sich zugleich als betriebswirtschaftliche Akteure im Wettbewerb behaupten müssen. Im Blick auf die Qualität ihrer Angebote, der Finanzierung und Setzung *gesellschaftlicher* Standards sind sie herausgefordert, Rahmenbedingungen mitzugestalten.

Diakonie als institutionelle Form von Kirche und verfasste Kirche müssen zunehmend betriebswirtschaftlich agieren und als Unternehmen im Wettbewerb ihre Arbeit gestalten. Vor dem Hintergrund der Frage nach der Qualität der Sozialen Marktwirtschaft ist komplementär zum Bestehen der einzelnen Einrichtungen und Werke im Wettbewerb in den Blick zu nehmen, wie ordnungspolitische Regeln und qualitative Kriterien des Wettbewerbs zu formulieren sind und wie deren Umsetzung zu finanzieren ist.²⁶

Das gemeinsame Wirtschafts- und Sozialwort der Evangelischen und Katholischen Kirche in Deutschland hat 1997 Elemente einer „Ordnungspolitik“ formuliert. Gerade im Sozialsektor, in dem Kirche und Diakonie wichtige Akteure sind, fehlen Rahmenbedingungen, die das Verhältnis von Wettbewerb und kirchlichen Standards für die Qualität der Arbeit und die Entlohnung sichern. Immer mehr müssen diakonische Einrichtungen unter Kostendruck auf sozial- und gesundheitspolitische Vorgaben reagieren. Der Kostendruck macht es für viele kirchliche und diakonische Einrichtungen immer schwerer, ihre eigenen Qualitätsmaßstäbe im Blick auf kirchliches und diakonisches Profil Dienstleistungen sowie im Blick auf eine angemessene Entlohnung zu gewährleisten. Deshalb engagieren wir uns als Kirche und Diakonie auch im Blick auf die sozial-, gesundheits- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen. Im Gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997 werden folgende ordnungspolitischen Elemente genannt:²⁷

²⁶ EKD, *Unternehmerisches Handeln*, Ziff. 120.

²⁷ *Gemeinsames Wort, Für eine Zukunft für Solidarität und Gerechtigkeit, Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland*. Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (*Gemeinsames Wort*), 1997. vgl. Ziff. 245

Die Kirchen sind mit ihrer Diakonie und Caritas große *Arbeitgeber*. In dieser Rolle sind sie – nicht weniger und nicht mehr als andere Arbeitgeber – gefordert,

- Arbeitsverhältnisse familiengerecht zu gestalten (z. B. durch flexible Arbeitszeiten),
- für einen fairen Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzutreten,
- den Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern zu beachten und für eine konsequente Umsetzung der Ordnungen für die Vertretung und Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sorgen,
- Vorschläge zu beachten, die auf maßvolle Einschränkungen beim Gehalt von kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den mittleren und oberen Gehaltsgruppen zielen,
- Teilen von Arbeit den Vorrang vor dem Abbau von Stellen und vor Entlassungen zu geben.

Im Wirtschafts- und Sozialwort wird dies eine Frage der Glaubwürdigkeit von Kirche genannt:

„Die Kirchen sind als Arbeitgeber, Eigentümer von Geld- und Grundvermögen, Bauherr oder Betreiber von Einrichtungen und Häusern auch wirtschaftlich Handelnde. Sie können nicht Maßstäbe des wirtschaftlichen Handelns formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene wirtschaftliche Handeln anzulegen. Mit Recht wird dies als eine Frage der Glaubwürdigkeit angesehen.“²⁸

Als Kirche und Diakonie am „Sozialmarkt“ sehen wir diese Herausforderungen und versuchen, unter diesen erschwerten Bedingungen unseren Auftrag wahrzunehmen. Wir betreten dazu auch Neuland und versuchen, z. B. durch neue Ausbildungsformen (Gründung des Instituts für Diakoniewissenschaft und Diakonienmanagement (IDM) an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal-Bethel im April 2009) diese Spannungsfelder individualethisch, unternehmensethisch und ordnungsethisch zu differenzieren und interdisziplinär weiterzuentwickeln. Auch auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, dass kirchliche Einrichtungen selbstbewusster ihre Leitideen, ihren Glauben und ihre Tradition von Nächstenliebe und menschenfreundlicher Praxis als erkennbares Profil und insofern auch als Wettbewerbsvorteil einbringen können. Zugleich wollen wir als Kirche einen Beitrag zur Entwicklung menschenfreundlicher gesellschaftlicher Standards leisten.

²⁸ *Gemeinsames Wort*, Ziff. 244

Es geht um die Qualität der Gestaltung gesellschaftlicher Aufgaben und öffentlicher Güter. Dem Spannungsfeld zwischen Wertegebundenheit und Kostendruck wollen wir als Kirche nicht durch Rückzug aus dem sozialpolitischen Handlungsfeld ausweichen. Es sind gesellschaftliche Wertentscheidungen, um die wir als Kirche ringen wollen, welche die Refinanzierung ermöglichen oder nicht ermöglichen. Grundlage dafür ist im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft eine politische Bewertung, in welchem Maße die Ausgestaltung durch Kostenwettbewerb oder qualitative Vorgaben organisiert ist.

5.3 Den kirchlichen Impuls weiterdenken: ordnungspolitische Verfahren und wirtschaftliche Instrumente

Der in dieser Studie vorgelegte kirchliche Impuls für die gesellschaftliche Debatte gewinnt Kontur, wenn deutlich wird, was die grundlegenden Überlegungen konkret bedeuten im Blick auf ordnungspolitische Verfahren und wirtschaftspolitische Instrumente. Im Sinne des Grundanliegens eines kirchlichen Beitrags zur gesellschaftlichen Debatte, nicht selbst Politik zu machen, sondern Politik möglich zu machen, haben solche Überlegungen einen anderen Stellenwert. Deshalb stellen wir die folgenden Ausführungen in einem gesonderten Anhang zur Diskussion²⁹.

Er benennt wirtschaftspolitische Instrumente und ordnungspolitische Verfahren, welche die Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft im Kontext der Globalisierung weiterführen. Zur Weiterführung gehört es zunächst, die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft auf zentrale Bausteine zu übertragen, die methodische Öffnung („Einbettung“) der Marktwirtschaft zu präzisieren und zu einer Ethik des Wettbewerbs, des Freihandels oder der Leistung zu gelangen. Der Fokus liegt jeweils auf der Wiedereinbettung dieser Mechanismen in ihre lebensdienlichen Aufgaben. Zentrale ökonomische Kategorien, an denen sich die Vermittlungsproblematik entfaltet, sind die Leitbilder „Wettbewerb“ und „Freihandel“. Wettbewerb und Freihandel sind nicht per se gut oder schlecht. Die Liberalisierung der Handelspolitik kann in Entwicklungsländern schweren Schaden anrichten. Aber auch die vielen zulässigen Subventionen und Hilfen der Industrieländer für ihre (Agrar-) Produkte sind als staatliches Handeln problematisch. Im Vergleich zu manchen Subventionen wäre Freihandel in diesen Fällen ein Fortschritt.

Im Anhang sind wirtschaftspolitische Bausteine für eine Soziale Marktwirtschaft im Kontext der Globalisierung aufgeführt. Wirtschaftspolitische Möglichkeiten und Instrumente der Umsetzung werden näher erläutert. Diese beziehen sich auf die Klärung der Ebenen von Verantwortung, der Integration, der Gleichstellung der

²⁹ Download von der Homepage der EKvW unter www.ekvw.de, quicklink 252.

Geschlechter (gender mainstreaming), der veränderten politischen Verfahren unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der kirchlichen Positionen zur Sozialen Marktwirtschaft.

Von besonderer Relevanz ist das Handlungsfeld Klimagerechtigkeit, weil hier ordnungspolitisch die ökologische und soziale Dimension integriert werden muss. Auf nationaler Ebene werden berücksichtigt: öffentliche Güter stärken, Privatisierung steuern, Erwerbsarbeit und Beschäftigungspolitik umfassend wahrnehmen. Die gesellschaftliche Spreizung des Wohlstandes sozial- und steuerpolitisch auffangen. Auf internationaler Ebene werden berücksichtigt: „Global Europe“? Wettbewerb zielorientiert nutzen, Freihandel und Economic Partnership Agreements (EPA), die soziale und ökologische Dimension verbinden, Klimagerechtigkeit, Instrumente der Energie- und Klimapolitik, Freihandel nachhaltig ausrichten, Finanzmärkte ordnungspolitisch einrahmen, Geld- und finanzpolitische Instrumente: Steueroasen austrocknen, Fiskalische Handlungsspielräume zurückgewinnen, Steuermoral verändern, Freiheit, Globalisierung, Entsolidarisierung, Ethik in Unternehmen und Rahmenordnung neu gestalten.

Soziale Marktwirtschaft wird dann zum Erfolgsmodell, wenn sie sich regional und global in unterschiedlichen Kontexten ethisch, kulturell, sozial, ökologisch und ökonomisch bewährt. Diese Bewährungsprobe steht noch aus. Sie ist jedoch nicht nur eine konzeptionelle Frage. Sie erfordert zugleich einen weltweiten Prozess im Dialog mit anderen, Effizienz und Verantwortung verbindenden Traditionen und Modellen. Die Bewährung bedarf des Dialogs, wie er sich in der Tradition des ökumenischen, weltweiten Lernens als fruchtbar erwiesen hat. Ein *globales ökumenisches Panel* könnte einen solchen Prozess sachkundig, ideologiekritisch und partizipativ begleiten, Anfragen vermitteln und sich im Streit um Interpretationshöhen Gehör verschaffen. In eine ähnliche Richtung gehende Initiativen bestehen in Deutschland im Kanzleramt „Charta für nachhaltige Entwicklung“ und in den von den Vereinten Nationen übernommenen Vorschlägen der Stiglitz-Kommission³⁰ für ein Panel zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

In der ordnungspolitischen Verbindung zur Sozialen Marktwirtschaft kann durch die Modernisierung der klassischen Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ein Zugang entwickelt werden, welcher der Zivilgesellschaft und Politik mehr zutraut: national, regional und global. Wenn Märkte im Prinzip als instabile Systeme verstanden werden müssen – wie es besonders Alfred Müller-Armack herausstellte –, müssen zugleich neue Kulturen der Kooperation und politischen Lenkung von Märkten auf diese Weise entwickelt werden.

³⁰ von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz geleitete UN-Expertenkommission für eine neue Weltwirtschafts- und Finanzarchitektur.

ANHANG

Der Entstehungsprozess der Studie

Die Studie geht zurück auf den Auftrag der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 17. Oktober 2007 auf Basis des Auftrages der Landessynode 2006 zur Weiterarbeit am Beschluss der Landessynode 2004 „Globalisierung – Wirtschaft im Dienst des Lebens“ www.ekvw.de, [quicklink 249](#). Der Prozess der Entstehung, Beratung und Überarbeitung der Studie wurde verantwortet von einer Steuerungsgruppe. Ihr gehörten an:

PD Dr. Martin Büscher, Ev. Akademie Villigst/Institut für Kirche und Gesellschaft, Schwerte, Privatdozent an der Universität St. Gallen (wiss. Federführung)

Prokurist Alfred Drost, Mitglied der Kirchenleitung, Dortmund

Prof. Dr. Traugott Jähnichen, Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre, Universität Bochum

Christa Kronshage, Mitglied der Kirchenleitung, Bielefeld

Oberkirchenrat Dr. Ulrich Möller, Landeskirchenamt, Mitglied der Kirchenleitung, (Vorsitz), Bielefeld

Landeskirchenrat Friedhelm Wixforth, Landeskirchenamt, Bielefeld

Folgende Personen und Organisationen waren im Entstehungsprozess der Studie beteiligt:

I. in der Erstellungsphase

- *Prof. Dr. Traugott Jähnichen*
- *Dr. Dr. Peter Pavlovic*, Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz europäischer Kirchen (KEK), Brüssel
- *Prof. Dr. Christoph Stückelberger*, Director, Globethics, Genf; *Dr. Hella Hoppe*, Schweizerischer Ev. Kirchenbund (SEK), Bern
- *PD Dr. Martin Büscher*
- *OKR Dr. Ulrich Möller*

unter Zuarbeit und Beratung von Dr. Sabine Plonz, Habilitandin Ev.-Theologische Fakultät, Universität Münster, Michael Frein, Ev. Entwicklungsdienst (eed), Bonn, Ulrich Bartscher, Vorstand, Sparkasse Schwerte, Prof. Dr. Udo Krolzik, Direktor, Institut für Diakoniewissenschaft, Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel und Pfr. Günter Barenhoff, Vorstandsvorsitzender, Diakonisches Werk Rheinland/ Westfalen/Lippe

Der erste Entwurf wurde im Sozialausschuss der Evangelischen Kirche von Westfalen beraten.

Als externe Gutachter nahmen zu Entwürfen der Studie Stellung:

- *Prof. Dr. Gerhard Wegner*, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD, Hannover (2008)
- *Prof. Dr. Franz Segbers*, Diakonisches Werk der Ev. Kirche Hessen-Nassau, Frankfurt (2008)
- *Prof. Dr. Michael Abländer*, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Universität Kassel (2008)
- *Dr. Ursula Schäfer-Preuss*, Vize-Präsidentin Asian Development Bank (ADB), Manila (2008)
- *Prof. Dr. Konrad Raiser*, ehemaliger Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Berlin (2008)
- *Jörg Asmussen*, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMF, Berlin (2009)
- *Dr. Wolfram Stierle*, Stellv. Leiter des Grundsatzreferates im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMZ, Berlin (2009)

II. Aufsuchende Fachgespräche

Zur Beratung des Ergebnisses der ersten Erstellungsphase 2008 führten OKR Dr. Ulrich Möller und Dr. Martin Büscher aufsuchende Fachgespräche mit folgenden Personen:

- *Wolfram Kuschke*, MdL, SPD, ehem. Leiter der Staatskanzlei NRW, Europaminister, Regierungspräsident Bezirk Arnsberg, Unna
- *PD Dr. Dirk Solte*, Stellv. Vorstand, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensvermittlung, (FAW), Ulm, Global Marshall Plan Initiative (GMPI)

- *Franz Peter Falke*, Unternehmer, Falke KGaA, Schmallenberg
- *Peter Wahl/Peter Fuchs*, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), wiss. Beirat ATTAC-Deutschland, Berlin
- *PD Dr. Norbert Reuter/Ralf Krämer*, Abteilung Wirtschaftspolitik, ver.di Bundesvorstand, Berlin
- *Max A. Höfer/Dieter Rath*, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Dr. Dominik H. Enste, Referat Rechts- und Institutionenökonomik, Wirtschaftsethik, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
- *Birgit Riess*, Director Programm Corporate Social Responsibility (CSR), Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
- *Stefan Pfeifer*, Abteilungsleiter Wirtschafts- und Strukturpolitik/ Technologiepolitik, DGB-NRW, Düsseldorf
- *Reiner Priggen*, MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher von Bündnis90/Die Grünen, Düsseldorf
- *Dr. Bernhard Keller*, Stellv. Hauptgeschäftsführer, Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände NRW (LAV), Düsseldorf
- *Lutz Lienenkämper*, MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Düsseldorf
- *Dr. Harald Nadzeyka*, Vorsitzender Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit, FDP NRW, Düsseldorf

Die Ergebnisse dieser Fachgespräche flossen in den weiteren Entstehungsprozess der Studie ein.

Im Licht der aktuellen Weltwirtschaftskrise wurde die Studie 2009 noch einmal grundlegend überarbeitet. Hieran wirkte auch der Fachjournalist *Andreas Zumach* (Genf) mit. Superintendent *Rüdiger Höcker*, Kirchenkreis Gelsenkirchen und Watenscheid, und *Andreas Duderstedt*, Pressesprecher im Landeskirchenamt, übernahmen jeweils eine Durchsicht der Studie im Blick auf sprachlichen Ausdruck.

Die von der Steuerungsgruppe erarbeitete Endfassung wurde von der Kirchenleitung im Oktober 2009 abschließend beraten und beschlossen.